

verschleppt

Der Begriff der Schlepperei sorgt immer wieder für Missverständnisse. **16**

verspielt

In einer Volksschule in Wien lernen Kinder mehr als 15 Sprachen. **24**

verschwendet

Was passiert eigentlich mit unserem Müll, nachdem er im Abfalleimer landet? **30**

verliebt

Rap siegt über Jura. Gerard im Interview über sein neues Album. **32**

Zwischen Angst und Hoffnung

Russlands LGBTI-Bewegung wehrt sich.

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73



www.oeh.ac.at



HEIMFÖRDERTOPF

Unterstützung für Heimvertretungen

Verwirkliche dein Projekt in der Heimvertretung.
Alle Infos zum Heimvertretungstopf unter

www.oeh.ac.at/heimfoerdertopf
sozialreferat@oeh.ac.at



Cover

Tatjana und Klara nutzen einen einsamen Moment im verschneiten Wald für einen Kuss: „In der Stadt ist das schwieriger und wir halten uns zurück.“ Homophobie ist in Russland salonfähig und wird unter Putin zunehmend gesetzlich legitimiert. Dennoch verweigern sich russische LGBTI-Aktivist_innen einem Leben in der Unsichtbarkeit. Begleitet wird die Coverstory von Fotos, die in und um Wornesch, einer der konservativsten russischen Städte, entstanden sind. Wie das Bild von Tatjana und Klara am Cover erzählen auch sie Geschichten von tabuisierter Liebe und Sexualität. Eine Reportage über Repression und Angst, Solidarität und Mut.

Bildung

08 RESERVATE FÜR ELITEN. Das spanische Bildungssystem in der Krise.

09 EIN MENSCH KANN SICH NUR SELBER BILDEN. Der österreichische Filmemacher Erwin Wagenhofer (*Let's make money, We feed the world*) im Interview über seinen neuen Film *Alphabet*.

10 SPRUNG INS KALTE WASSER. Unsere Autorin hat beim diesjährigen Aufnahmeverfahren für Psychologie an der Uni Wien teilgenommen und es für *progress* evaluiert.

12 WIE OFT FÄHRST DU NACH HAUSE? Fünf Studierende erzählen von ihren Besuchen daheim.

Politik

14 EIN SCHLEIER, DER SICH ÜBER DIE EXISTENZ LEGT. Barbara Preitler ist Psychologin und arbeitet beim Verein *Hemayat*. Mit Claudia Aurednik sprach sie über die Traumata von Flüchtlingen.

15 FINGER WEG VON UNSEREM NETZ. Martin Wassermair vom *World-Information Institute* berichtet über die Lage der österreichischen Netzpolitik.

16 SCHLEPPEREI IN ZEITEN UNBEGRENZTER GRENZEN. Anna Ellmer geht den Widersprüchen hinter dem europäischen Kampf gegen Schlepperei auf den Grund.

18 SHORT BITES. Infos abseits des Mainstreams.

Dossier

Slowenisch, Ungarisch, Kroatisch, Österreichische Gebärdensprache, Deutsch. Das ist keine zufällige Aneinanderreihung von Sprachen, sondern die Liste der – zumindest regional – anerkannten Amtssprachen in Österreich. Gesprochen werden hierzulande tatsächlich noch viel mehr Sprachen. Trotzdem dominiert Deutsch und ein türkisches Wahlplakat wird ganz schnell zum Skandal. Aber: „Niemand ist einsprachig!“, sagt Brigitta Busch. Und das ist auch gut so. Mit der Linguistin haben wir über die mangelnde Wertschätzung von Mehrsprachigkeit in Österreich gesprochen. Außerdem haben uns vielsprachige Wiener_innen ihre ganz persönlichen Sprachgeschichten erzählt, wir haben eine Schule mit „Sprachkarussell“ besucht und einen Blick auf das mehrsprachige Luxemburg geworfen.

20 SÜPERSEXY, VUI OAG UND URTOLL. Sechs spannende Fakten zum Thema Mehrsprachigkeit.

21 WIR BRAUCHEN EIN RADIKALES UMDENKEN. Marlene Brüggemann hat Sprachwissenschaftlerin Brigitta Busch getroffen und mit ihr über die Problematik des monolingualen Habitus gesprochen.

22 DEUTSCH SITZT BEI MIR IM MUND. Vier mehrsprachige WienerInnen haben Sprachporträts gezeichnet und erzählen über ihr Verhältnis zur eigenen Mehrsprachigkeit.

24 ICH HEISSE HALLO! In der Europaschule in Wien Brigittenau lernen Kinder nicht nur viele Sprachen sondern auch kulturelle Diversität kennen.

26 VON EICHHÖRNCHEN UND IGELN. Joël Adami ist Luxemburger und erzählt über die alltäglichen Konfusionen eines mehrsprachigen Landes.

Feuilleton

28 DIE DESIGNTE REVOLTE. Friedrich von Borries ist Designprofessor in Berlin und will mit Konsum den Kapitalismus stürzen.

29 LEAVE MILEY ALONE! Miley Cyrus schockierte mir ihrem Auftritt bei den VMAs. Katja Krüger kritisiert die Kritik. Ein feministischer Kommentar.

30 MIST! Christina Uhl hat nachgeforscht, was mit unserem Müll passiert, nachdem er im Abfall verschwunden ist und daraus eine Infographik gebastelt.

32 MIC STATT AKTENKOFFER. Das österreichische Rap-Talent Gerard im Gespräch über sein Studium und sein neues Album „Blausicht“.

34 ZWISCHEN ALARMISMUS UND IGNORANZ. Andreas Peham vom DÖW reagiert in einem Kommentar auf den Ausgang der Nationalratswahlen.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach einer langen Sommerpause melden wir uns zurück – mit schönen Geschichten und neuen Gesichtern in der Redaktion: Ab sofort werden statt Vanessa Gaigg und Flora Eder nun unsere langjährige Lektorin Anna Ellmer, der ehemalige Chefredakteur des ÖH BOKU-Magazins, Joël Adami, und *progress*-Autorin Simone Grössing gemeinsam die Redaktion leiten. An dieser Stelle möchten wir uns bei unseren Vorgängerinnen für ihre tolle Arbeit bedanken und unsere LeserInnen herzlich begrüßen!

Wer in einem neuen Redaktionsteam die Arbeit aufnimmt, sucht erstmal nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei den KollegInnen. Eine Ähnlichkeit fiel uns sofort auf: Wir sprechen alle drei viele Sprachen. Zwei von uns sind mehrsprachig aufgewachsen, die Dritte hat mit ihrem Auslandsaufenthalt eine weitere Arbeitssprache gewonnen. Mit unserem Dossier wollen wir die Diskussion von Angstdiskursen weg, in eine positivere Richtung lenken – denn Sprachenvielfalt ist eine gesellschaftliche Bereicherung, die allen zugute kommen könnte.

Wir wünschen euch viel Spaß mit der ersten Ausgabe und ein schönes Wintersemester!

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 05/2013

Erscheinungsmonat: Oktober

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

ChefInnenredaktion: Joël Adami, Anna Ellmer, Simone Grössing

AutorInnen dieser Ausgabe: Joël Adami, Claudia Aurednik, Florian Bohinc, Marlene Brüggemann, Verena Ehrnberger, Anna Ellmer, Michael En, Jakob Falkinger, Vanessa Gaigg, Elisabeth Gamperl, Alexander Gotter, Judith Goetz, Lawrence Hall, Kati Hellwagner, Niklas Hintermayer, Katja Krüger, Margot Landl, Jan Marot, Andreas Peham, Luiza Puiu, Sara Schausberger, Veronika Siegl, Christina Uhl, Martin Wassermair

Dossier: Fabian Weiß

Seite 7: Christopher Glanzl

Seite 13: Roland Faschingbauer

Seite 27: Linnéa Jänen, Tanja Marcadella

Lektorat: Mirjam Pot, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann



Nach den Anschlägen auf LGBT-Aktivist_innen bei einer Demonstration im Januar fahren Maja* und Irina* nur noch mit dem Taxi, wenn sie spät nach Hause kommen. „In letzter Zeit ist es immer in meinem Kopf, dass ich lesbisch bin. Was immer ich auch tue, ich muss ständig daran denken, dass Irina kommen könnte, um mir einen Kuss zu geben. Wer ist in der Umgebung? Wer kann uns sehen? Ist das nicht das Schlimmste? Jemanden zu lieben und ständig denken zu müssen: Nein, bitte küss mich nicht!“

Im Namen der Moral

Die russische Regierung erlässt ein homophobes Gesetz nach dem anderen. Aber Repression und Konservatismus sind nur eine Seite der Medaille. Die Risse im System Putin sind längst sichtbar und der Widerstand wächst.

Eigentlich wolle er Russland nicht verlassen, sagt Andrej*, zumindest nicht vor dem Abschluss seiner Dissertation. Aber nachdem der Student vor wenigen Wochen kommentarlos exmatrikuliert wurde, sieht er keine Alternative. Sein Rausschmiss steht aus seiner Sicht ganz klar damit in Verbindung, dass seine Betreuerin an der staatlichen St. Petersburger Universität kurz zuvor erfahren hatte, dass er schwul ist und sich öffentlich für die Rechte von LGBTI-Personen (LesbianGayBisexualTrans*Inter*-Personen, Anm. der Red.) einsetzt.

Vor der Verabschiedung des Gesetzes gegen „Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ wäre dies kaum vorstellbar gewesen, meint Andrej. Das Gesetz wurde 2011 vom radikal-orthodoxen Petersburger Abgeordneten Witalij Milonow initiiert und verbietet es, diese Beziehungen in der (potentiellen) Anwesenheit von Minderjährigen, beispielsweise auf der Straße oder in den Medien, als normal oder positiv darzustellen.

Seit 2006 ist ein solches Verbot bereits in verschiedenen russischen Städten in Kraft; im Juni dieses Jahres

unterzeichnete Vladimir Putin ein entsprechendes Gesetz auf föderaler Ebene. Die homophobe Einstellung der Regierungspartei *Geeintes Russland* fällt bei einem Gutteil der russischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Eine Umfrage des unabhängigen *Levada-Zentrums* vom Februar 2013 zeigt, dass 34 Prozent der Befragten Homosexualität als Krankheit und 23 Prozent als „schlechte Angewohnheit“ sehen. Für knapp 40 Prozent wäre ein schwules oder lesbisches Paar in ihrer Nachbarschaft als „klar negativ“ zu beurteilen.

Seit Putins Partei *Geeintes Russland* in den Kreml eingezogen ist, scheint sich ein großer Teil der Bevölkerung immer mehr nach rechts zu bewegen und sich an der Vergangenheit zu orientieren. Dabei müssen LGBTI-Bewegungen als Projektionsfläche für den moralischen Niedergang der Nation herhalten.

REPRESSION UND UNSICHTBARKEIT. Noch vor fünf Jahren hat es kaum für Aufsehen gesorgt, wenn zwei Männer Hand-in-Hand auf der Straße spazierten, erzählt Andrej. Dennoch haben die wenigsten seiner schwulen Freunde ihre sexuelle Orientierung jemals offen gelebt. Homophobie gibt es in der russischen Ge-

sellschaft schon lange, das Propaganda-Gesetz legitimiere aber nun diese Diskriminierung und Gewalt. „Es hat jenen Kraft gegeben, die uns hassen“, sagt Gulya Sultanova, Aktivistin und Organisatorin des LGBTI-Filmfestivals *Bok o Bok* („Side by Side“). In letzter Zeit habe es einen klaren Anstieg an Gewalt gegen LGBTI-Personen gegeben. Auch für sie ist es inzwischen undenkbar, mit ihrer Freundin in der Öffentlichkeit Händchen zu halten, weil das sofort negative Reaktionen hervorruft. „Ich sehe das an den abschätzigen und feindlichen Blicken. Die Leute fragen sich, ob wir Kinder vergewaltigen und ob wir krank oder pervers sind“, so Gulya. Hinzu komme, dass bei gewalttätigen Übergriffen keine Unterstützung von Seiten der Polizei zu erwarten sei und auf Demonstrationen meist nur LGBTI-Aktivist_innen festgenommen werden, während ultranationale Gegendemonstrant_innen polizeilichen Schutz genießen.

Eine Konsequenz all dessen sei, dass LGBTI-Personen gesellschaftlich unsichtbar bleiben, erzählt Herta*, die vor rund 30 Jahren aus Westeuropa nach Moskau gezogen ist. Für Außenstehende gäbe es häufig keine Indizien dafür, dass eine Person schwul oder lesbisch ist.



Dimitrij ist gerade dabei, eine Ausbildung zum Friseur zu machen. Vor ein paar Jahren hat er sich von seiner Ex-Frau getrennt, stellt sie aber immer noch als seine Frau vor. Damit die anderen keine Fragen stellen. „Ich bin sehr glücklich, diese Möglichkeit zu haben“, sagt er. Weder seine Ex-Frau noch seine Mutter wissen von seiner sexuellen Orientierung. Nur selten sieht er seine Tochter. Ihr möchte er die Wahrheit sagen. Wenn sie erwachsen ist. Vielleicht.*

„Auch ich habe ein Doppelleben. Im Büro bin ich die andere Person als privat und für meine gesellschaftlichen Aktivitäten verwende ich ein Pseudonym.“ Herta und ihre Partnerin gründeten vor 15 Jahren die feministisch-lesbische Zeitschrift *Ostrow* („Insel“), die bis heute etwa viermal jährlich im Selbstverlag erscheint. Zusätzlich betreuen sie den dazugehörigen Blog und organisieren Lesungen, Konzerte und Workshops.

Neben dem Propaganda-Gesetz hat auch das 2012 in Kraft getretene *Foreign Agent Law* massive Auswirkungen auf LGBTI-Organisationen. Das Gesetz, das begrifflich an die Spitzelrhetorik der Sowjetzeit erinnert, verpflichtet NGOs, die politisch tätig sind und ausländische Finanzierung erhalten, sich als „foreign agents“ zu registrieren und sich jährlichen Kontrollen zu unterziehen. In diesem Jahr wurden die St. Petersburger LGBTI-Gruppen *Bok o Bok* und *Vychod* („Coming Out“) angeklagt, weil sie sich der Registrierungspflicht verweigert hatten. Während die beiden Organisationen Anfang Oktober freigesprochen wurden, ist das Verfahren gegen Gulya als Verantwortliche des Filmfestivals jedoch noch ausständig. „Was früher Kulturaustausch hieß, heißt jetzt politische Agent_innentätigkeit“, meint Herta: „Ein Filmfestival dessen zu bezichtigen – das ist absurd.“

Wahrhaftig absurd sind auch so manche der homophoben Feindseligkeiten. So soll beispielsweise in einem biographischen Film über Pjotr Tschaikowski (1840–1893) dessen Homosexualität geleugnet werden. In der Stadt Magnitogorsk erkundigte sich ein Bürger beim Gericht, ob eine in Regenbogenfarben gestrichene Straßenlaterne „Schwulenpropaganda“ sei. Die Antwort lautete: nein. Andere Vorfälle rufen jedoch weit mehr als nur ein Kopfschütteln hervor. Im April 2013 etwa äußerte der Vize-Generaldirektor des Staatsfernsehens vor laufenden Kameras den Wunsch,

noch brutaler gegen LGBTI-Personen vorzugehen: „Man muss ihnen Blut- und Samenspenden verbieten, und ihre Herzen nach einem tödlichen Autounfall in der Erde vergraben oder verbrennen, da sie für eine Lebensverlängerung – ganz gleich für wen – ungeeignet sind.“ Wenige Monate später unterschrieb Vladimir Putin ein Gesetz, das alleinstehenden Personen und gleichgeschlechtlichen Paaren aus Ländern, in denen die eingetragene Partner_innenschaft erlaubt ist, die Adoption russischer Kinder untersagt. Außerdem wird momentan eine Gesetzesnovelle diskutiert, die schwulen und lesbischen Paaren das Sorgerecht für ihre Kinder entziehen soll. Die russische Duma soll im Frühling 2014 über den Entwurf abstimmen.

DIE GOLDENE VERGANGENHEIT. Diese Entwicklungen sind Teil der konservativen und autoritären Wende in Russland, die sich nicht zuletzt auf die enttäuschten Hoffnungen der 1990er Jahre auf Demokratie und Wohlstand zurückführen lässt. Während die Idee der Partizipation spätestens mit der Verfassungskrise 1993 niedergeknüppelt wurde, lösten die Reformversuche des alkoholkranken Boris Jelzin ein unsägliches Durcheinander in Politik und Wirtschaft aus, in dem die sozial Schwächsten unter die Räder gerieten. Als ehemaliger KGB-Offizier verstand es Putin in dieser Situation, sich den Wunsch vieler Russ_innen nach politischer Stabilität, klaren moralischen Leitlinien und neuem Nationalstolz zunutze zu machen. Er war sich zudem im Klaren darüber, dass er die Hilfe der Orthodoxen Kirche benötigen würde. Das Aufleben religiöser Fundamentalismen war dabei sowohl Produkt als auch Ursache der Annäherung von Staat und Kirche, die vor allem seit dem Amtsantritt des milliardenschweren Patriarchen Kyrill 2009 vorangetrieben wird. Die Kirche stellt sich hinter Putin – Kirill bezeichnete seine Präsidentschaft als „Wunder Gottes“ – und Putin setzt religiöse Wertvorstellungen

in gültiges Recht um. Das 2012 verabschiedete Gesetz, das die Kränkung der Gefühle von Gläubigen strafbar und zahlreiche Oppositionelle und Regimekritiker_innen mundtot macht, ist nur eine Ausgeburt dieser „Verpartnerung“.

Der gegenwärtige Traditionalismus ist aber nicht nur religiöser, sondern auch nationalistischer Natur. So sind Putin und seine Anhänger_innen stets um eine Abgrenzung vom „Westen“ und einen Rückgriff auf eine imaginierte „goldene Vergangenheit“ Russlands bemüht – auf eine Zeit also, bevor sogenannte nicht-traditionelle Sexualitäten „importiert“ wurden. Diesen Diskurs griff auch Sportstar Jelena Isinbajewa bei der Moskauer Leichtathletik-WM im September auf. „Bei uns leben Frauen mit Männern und Männer mit Frauen“, erklärte sie in einem Interview und sagte in Bezug auf Homosexualität: „Wir hatten diese Probleme nie und wollen sie auch in Zukunft nicht haben.“ Im Nachhinein soll dies nur ein Missverständnis gewesen sein. Welche Rolle dieses Thema bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi spielen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass Isinbajewa „Bürgermeisterin“ des Olympischen Dorfes in Sotchi werden soll.

HARMLOS ODER BEDROHLICH? Viele Aktivist_innen erhoffen sich durch Olympia internationale Aufmerksamkeit für ihre Kämpfe und Interesse an der Geschichte der russischen LGBTI-Bewegung. Diese nahm in den 80er Jahren ihren Anfang, als sich Aktivist_innen für die Abschaffung des von Stalin wieder eingeführten Paragraph 121 einsetzten. Der Paragraph, der den sexuellen Kontakt zwischen Männern kriminalisiert, wurde allerdings erst 1993 im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zum Europarat abgeschafft. 1999 wurde Homosexualität schließlich von der Liste der geistigen Krankheiten entfernt. In dieser Zeit entstanden auch die ersten



Klara und Tatjana* teilen ihr kleines Dreizimmerappartement am Rande der Stadt mit einer Freundin. Das Internet und vor allem das soziale Netzwerk 'VKontakte' spielt eine große Rolle bei der Kommunikation von Homosexuellen in Russland. Hier können sie sich frei austauschen und finden Partner_innen oder Liebhaber_innen.*

lesbisch-schwulen Clubs. „Die Szene entwickelte sich einigermassen sichtbar“, erzählt Gulya, „aber es ging damals mehr um Unterhaltung als um Aktivismus.“ Für Herta waren die 1990er und frühen 2000er eine Zeit, in der „relativ viel Freiheit“ zu spüren war. Vor zehn Jahren war das (vermeintlich) lesbische Duo *t.A.T.u.* der russische Beitrag zum Eurovision Songcontest. Heute wäre das undenkbar. Damals seien die Leute zwar überrascht gewesen, erinnert sich Herta, „aber niemand hat darin einen Angriff auf Sitte und Moral gesehen“. Hier spiele aber womöglich auch die weit verbreitete Annahme eine Rolle, dass Lesben nur lesbisch seien, „weil sie den Richtigen noch nicht gefunden haben“. Schwule werden hingegen als reale Bedrohung für die Geschlechterordnung wahrgenommen: „Durch die Gay Prides denken die Leute, rosa Federboas und Lendenschurz wären das alltägliche Erscheinungsbild von Schwulen.“ Dabei haben die meisten Russ_innen noch nie eine Pride gesehen. Letztes Jahr genehmigte St. Petersburg als erste russische Stadt die Parade – eine „historische Entscheidung“, so der Bürgerrechtler Nikolaj Alexejew, der seit 2005 erfolglos versucht, selbiges in Moskau umzusetzen. Innerhalb der LGBTI-Community sind die Prides aber durchaus umstritten, weil ein großer Teil der Gesellschaft sie als reine Provokation sieht. Laut Gulya haben die Veranstalter_innen verabsäumt zu kommunizieren, worum es bei solchen Paraden inhaltlich geht.

SOLIDARITÄT DURCH POLITISIERUNG. Viele der politischen LGBTI-Organisationen, -Vereine und -Initiativen sind erst vor etwa sechs Jahren entstanden. So zum Beispiel *Bok o Bok*, *Coming Out* oder das *LGBT-Network* in St. Petersburg. Gulya berichtet, die Situation sei damals schwierig gewesen, weil viele LGBTI-Personen eher apathisch gewesen seien und politisches Bewusstsein für das Thema gefehlt habe.

Das habe sich mittlerweile geändert, dafür sei es aber durch das Propaganda-Gesetz schwieriger geworden, Kooperationspartner_innen zu finden: „Sie finden unsere Arbeit toll, aber sie haben Angst.“

Dennoch hat gerade dieses Gesetz mit all seinen Nebenwirkungen eine neuartige Form der Solidarität hervorgebracht. Seit der Gesetzesentwurf vorgestellt wurde, gab es eine Vielzahl an Protesten, Aktionen und Kampagnen. „Den Informationskrieg haben eindeutig wir gewonnen“, freut sich Gulya. So hefteten sich Unterstützer_innen rosa Winkel an ihre Kleidung, in St. Petersburg gründete sich die Allianz der Heterosexuellen für die Gleichberechtigung der LGBT und viele Medien nehmen eine unterstützende Haltung ein.

Neben der Flut an diskriminierenden Gesetzesnovellen stellten die Bewegungen für gerechte Wahlen 2011 und 2012 einen wichtigen Kontext für die Solidarität mit und die Sichtbarkeit von LGBTI-Personen dar. Die Aktionen für mehr Demokratie führten nicht nur zur Politisierung verschiedener Bevölkerungsgruppen, sondern eröffneten auch neue Kontaktzonen. „Am Anfang war vielen unklar, was Lesben und Schwule hier zu suchen haben“, erinnert sich Gulya. Aber mit der Zeit kam die gegenseitige Annäherung und viele solidarisierten sich, nachdem sie selbst erlebt hatten, wie viel Gewalt LGBTI-Personen bei den Demonstrationen ausgesetzt waren.

ENTTÄUSCHT VON DER GESELLSCHAFT. Der nationale und internationale Druck auf die Regierung nimmt zu, die Unzufriedenheit über die Lage in Russland ist groß, wenn auch nicht immer sichtbar. Andrej ist dennoch nicht optimistisch. Die Anti-Putin-Proteste trugen aus seiner Sicht zwar großes Veränderungspotential in sich, aber jetzt gehe niemand mehr auf

die Straße. Alle hätten Angst vor Eskalation. „Ich bin enttäuscht von der Gesellschaft. Die Menschen haben keinen Willen mehr. Aber wenn wir nicht für unsere Rechte kämpfen, wer dann? Wenn wir uns verstecken, wird es keinen Wandel geben.“ Auch Gulya will nicht aufgeben. „Als Lesbe ist diese politische Arbeit für mich lebenswichtig“, sagt sie. „Für mich war es ein sehr langer Weg, meine eigene Homosexualität zu akzeptieren. Ich habe mich immer sehr geschämt und dachte, ich sei krank, weil es keine Informationen darüber gab.“ Das wolle sie anderen ersparen. Natürlich sei die aktuelle Situation sehr schwierig, so die Aktivistin, aber in Russland sei es nie leicht gewesen. Gulya hat sich daran gewöhnt.

Herta und ihre Partnerin planen inzwischen die gemeinsame Emigration, die ersten Jobbewerbungen sind bereits verschickt. „Bei mir ist die Schmerzgrenze eindeutig erreicht. Es wird für uns mit jedem Tag gefährlicher hier“, sagt sie. Trotz eines unbefristeten Aufenthaltsvisums könne sie beim kleinsten Vergehen fristlos ausgewiesen werden und hätte denn für die nächsten fünf Jahre Einreiseverbot. „Dann geh ich lieber selbst.“ Auch Andrej packt seine Taschen. Mittlerweile hat der Politikwissenschaftler einen Betreuer für seine Dissertation in München gefunden. Im November verlässt er Russland, dann möchte er seinen Fall an die Öffentlichkeit bringen, ohne sich hinter einem Pseudonym verstecken zu müssen.

Veronika Siegl hat in Wien Kultur- und Sozialanthropologie sowie Internationale Entwicklung studiert und ist Redakteurin von PARADIGMATA. Zeitschrift für Menschen und Diskurse.

**Die Namen wurden von der Redaktion geändert. Die vollständigen Namen sind der Redaktion bekannt.*

BILDUNG





Reservate für Eliten

Der Sparstift, der an Spaniens Universitäten angesetzt wird, zwingt Hunderttausende zum Studienabbruch. Während Stipendien von der konservativen Regierung massiv beschnitten werden, stecken die Hochschulen selbst in der Krise.

Mit Semesterbeginn flammt der Protest der Studierenden gegen die aktuelle Bildungspolitik der konservativen spanischen Regierung wieder auf. Spätestens Anfang November soll das Gesetzespaket zur „Verbesserung der Qualität der Ausbildung“ in Spanien in Kraft treten. Mit einem landesweiten Streik werden Schulen und Universitäten am 24. Oktober dagegen Widerstand leisten. „Meine KommilitonInnen haben es sehr schwer. Kein Wunder, dass sie wie auch beim Generalstreik im Herbst 2012 die Möglichkeit zum Protest nutzen. Dabei geht es ihnen nicht ums Blau-machen, wie es rechte PolitikerInnen gerne sehen“, weiß Julia Portnova (23), ukrainisch-deutsche Politikwissenschaftsstudentin, die über Erasmus ein Jahr in Granada verbracht hat.

Knapp 360.000 Anspruchsberechtigte werden zukünftig wegen ihres Notenschnitts keine oder deutlich weniger finanzielle Unterstützung erhalten. Denn das Bildungsministerium unter José Ignacio Wert von der rechtskonservativen Volkspartei hat die Voraussetzungen für den Bezug von Stipendien drastisch verschärft. Hunderttausende sind folglich zum Abbruch ihres Studiums gezwungen. Hinzu kommt, dass auch Förderungen für die Mobilität von Studierenden wegfallen. Wer einen Studienort fern des Elternhauses hat, hat nicht mehr unbedingt Anspruch auf Förderungen, weil nicht länger der Wohnsitz der Eltern, sondern jener des nächsten Verwandten zur Berechnung herangezogen wird. Mittlerweile wurde vor dem Verfassungsgerichtshof eine Klage gegen die Stipendienkürzungen eingebracht.

MASSIVE KÜRZUNGEN. „Ich konnte mit 3.000 Euro jährlich an Unterstützung rechnen“, sagt Juan Castillo Argudo (35). Castillo hat in Madrid und Granada bereits erfolgreich zwei Studien – Lehramt Pädagogik und Psychopädagogik – absolviert und macht derzeit einen Master in Sevilla. Jedoch erfuhr er kürzlich, dass er von nun an weniger als 1.500 Euro bekommen wird: „Nicht einmal mit 3.000 Euro jährlich kann man überleben. Mit der Hälfte ist das unmöglich.“ Er werde mehr arbeiten müssen und sich kaum dem Studium widmen können, sofern sich ein Job findet. „Die Universität wird wieder ein Reservat der Eliten, die Geld haben“, prophezeit Castillo.

Auch um die Förderung der internationalen Mobilität steht es nicht gut in Spanien: Castillo hat im Zuge seiner bisherigen Studien über Erasmus auch ein Jahr in Lissabon verbracht. Dabei hat man ihn und viele andere um einen Teil ihrer Erasmusförderungen geprellt. Staat und EU zahlen einen Teil, außerdem stockt die andalusische Regionalregierung mit maximal 350 Euro monatlich auf 900 Euro auf. Eine Summe, die Castillo niemals gänzlich erhalten hat, wenngleich schriftlich vereinbart worden war, dass das Geld spätestens bei der Rückkehr ausbezahlt werde. KollegInnen nahmen Bankkredite oder Darlehen bei Verwandten auf, die sie nicht retournieren können. „Über 2.100 Euro sind sie mir schuldig geblieben“, sagt Castillo. Einige StudentInnen haben gegen die Einsparungen geklagt, doch bis es zu einem Urteil kommt, werden mindestens fünf Jahre vergehen.

Mit all dem nicht genug: Studiengebühren rangieren in Spanien zwischen 2.000 Euro und 18.000 Euro pro Jahr – Summen, die durch hinzukommende Prüfungstaxen noch um 15 bis 25 Prozent, in einzelnen Fällen sogar um 50 Prozent, erhöht werden. Zusätzlich zu den Studiengebühren kostet das Absolvieren von 60 ECTS-Credits, laut Bildungsministerium, im Schnitt 1.070 Euro. Außerdem krempelt Spanien derzeit auch die Regelungen des Hochschulzugangs radikal um. Einzelne Studiengänge können nun selbst ihre Studierenden auswählen, während vormals das Abschneiden bei der „Selectividad“ – der spanischen Version der Matura – ausschlaggebend war.

NACHHALTIGE KRISE. Mit Spaniens aktuellem Kurs in Sachen Bildungspolitik legt die konservative Regierung von Premier Mariano Rajoy den Grundstein für die Permanenz der Krise. Derzeit sind weit mehr als zwei Millionen junge SpanierInnen weder in Ausbildung, noch haben sie eine Arbeit. Ein Wert, der laut OECD in den Krisenjahren um 69 Prozent angestiegen ist. Die Jugendarbeitslosigkeit (bei 18–25 Jährigen) rangiert bei rund 60 Prozent. Wer kann, sucht sein Glück im Ausland.

Aber auch Prostitution scheint für Studierende vermehrt ein Mittel zum Zweck der Studienfinan-

zierung zu sein, wie der in Barcelona beheimatete Verein der SexarbeiterInnen *Aprosex* betont. Seit Krisenbeginn würden rund 300.000 Menschen mehr als zuvor mittels sexueller Dienste ihr Leben finanzieren, betont Concha Borrell, Sprecherin der NGO. *Ärzte ohne Grenzen* sprach für 2012 von lediglich 2.100 neuen SexarbeiterInnen in Spanien. Davon wären 18 Prozent Studierende. Bei *Aprosex* geht man von mehr als 100.000 Studierenden seit Krisenbeginn aus.

Was abseits der Kürzungen von Stipendien an Spaniens kaputt gesparten Universitäten in Sachen Forschung und Lehre geschieht, sorgt derzeit auch für Spott und Häme aus dem Ausland. So sprach die *Süddeutsche Zeitung* zu Recht von „akademischem Inzest, Filz, Nepotismus und Vetternwirtschaft“ und „Plagiierten mit Auszeichnung“. Weite Wellen schlug die Causa um den Plagiatsvorwurf gegen den Präsidenten des spanischen Olympischen Komitees Alejandro Blancos betreffend seiner Doktorarbeit. Eine in weiten Teilen identische Arbeit wurde an der Universität von Alicante eingereicht – ebenfalls betreut von Blancos Doktor Mutter, die mittlerweile für ihn arbeitet. Die Uni reagierte auf Kritik mit dem Kommentar, es „sei keine Arbeit eingereicht worden“, es handle sich lediglich um „Vorstudien“.

KÜNDIGUNG NACH PROTEST. Der Pädagoge José Penalva hat in seinem Buch „Korruption an Spaniens Universitäten“ die Kritik an abgekarteten Auswahlverfahren, Postenschacher und der damit unmittelbar verknüpften Vergabe von Stipendien und Fördermitteln gebündelt. Weil er Missstände aufzeigt, wird er nun von KollegInnen massiv gemobbt. In einem anderen Fall wurden fünf WissenschaftlerInnen, die zum ForscherInnenstab der Universität von La Rioja gehörten und dort über Alzheimer forschten, nach ihrer Teilnahme an Protesten gegen Einsparungen gekündigt. So wird ein Klima geschaffen, in dem viele lieber schweigen, um nicht den Kündigungswellen an öffentlichen Universitäten zum Opfer zu fallen.

Jan Marot ist freischaffender Journalist in Granada.



Foto: Luiza Puiu

Ein Mensch kann sich nur selber bilden

Erwin Wagenhofer sprach mit *progress* über seinen neuesten Film „Alphabet“. Die Bildungsmisere sieht er als Hauptgrund für die globale Wirtschaftskrise.

Der österreichische Filmemacher Erwin Wagenhofer wurde mit seinen sozialkritischen Filmen *We feed the world* und *Let's make money* bekannt. Mit *Alphabet* ist nun der abschließende Teil seiner Trilogie in den heimischen Kinos zu sehen. In dem Film setzt sich Wagenhofer mit dem Thema Bildung auseinander und fordert einen massiven Strukturwandel im Bildungsbereich. Unsere Autorinnen Elisabeth Gamperl und Luiza Puiu haben den Filmemacher am diesjährigen *Forum Alpbach* getroffen.

progress: Herr Wagenhofer, Sie kritisieren in Ihrem neuen Film das österreichische Bildungssystem. Was stimmt damit nicht?

Erwin Wagenhofer: Unsere Haltung zu dem Thema stimmt nicht. Versteht mich nicht falsch – ich will mit meinem Film nicht sagen, dass das österreichische, beziehungsweise europäische Bildungssystem schlecht ist. Es geht um etwas anderes: Der PISA-Test besagt beispielsweise, dass unsere Kinder schwach im Lesen sind. Ich gehe der Frage nach: Warum wollen unsere Kinder nicht lesen?

Warum wollen unsere Kinder nicht lesen?

Wenn ich Kindern vorschreibe, was sie zu tun haben, dann verlieren sie die Lust am Lernen. Das, was Schülerinnen und Schülern beigebracht wird, ist eigentlich sehr wenig. Es würde weit mehr gehen. Sie lernen in der Schule hauptsächlich, wie man sich gegenseitig übertrumpft und wie man konkurrenzfähig wird. Kinder verbringen zirka zwölf Jahre in der Schule. Wer weiß, was in ihren Köpfen hängen bleiben würde, wenn sie zwölf Jahre lang das machen könnten, was sie wollen.

Inwiefern hängt die Finanzkrise mit unserem Bildungssystem zusammen?

Es sind nicht die Analphabeten und Obdachlosen, die das Geld verzocken und die Krise verursacht haben. Das waren Leute, die vorher an den besten Universitäten der Welt studiert haben. Die haben die Finanzmärkte zu dem gemacht, was sie heute sind.

Wie kam es dazu?

Wir wollen, dass alle Kinder gleich sind. Alle sollen

gleichförmig sein und den kapitalistischen Bedarf decken. Die Gesellschaft meint, sie brauche Arbeitskräfte: Zum Beispiel glauben wir, dass wir 600.000 Programmierer brauchen. Dann produzieren wir diese, so als würde es sich um Möbel in einer Fabrik handeln. Derzeit sollen sich am besten alle Kinder auf Fächer wie Mathematik und Informatik spezialisieren. Aber wer wird in den kommenden Jahren das Brot backen? Jemand aus der Wissensgesellschaft? Nein. Hoffentlich ist es jemand, der dazu das Wissen von 200 Jahren mitbringt.

Sie meinen, wir achten zu stark auf Quantität statt auf Qualität.

Genau. 98 Prozent der Menschen kommen hochbegabt zur Welt. Nach der Schule sind es nur mehr zwei Prozent. Das muss nicht so sein. Wir brauchen neue Konzepte von kreativen Menschen, aber die findet man in so einem Gesellschaftssystem schwer. Bisher hat der Mensch immer Lösungen aus der Not heraus geboren. Der Neoliberalismus hat uns kaputt gemacht.

Einerseits porträtieren Sie das strenge chinesische Schulsystem und den Drill bei Managementausbildungen, andererseits die Rudolf-Steiner- oder Montessori-Schulen. Der klassische österreichische Bildungsweg wird aber nicht gezeigt.

Der klassische Weg wird durch China abgedeckt.

Geht es den chinesischen SchülerInnen gleich wie den österreichischen?

China ist das Vorbild für Österreich und ganz Europa. Wir haben begonnen, Bildung zu ranken. Diese Rankings führt China an. Man kann einzelne Menschen aber nicht nach den immer selben Maßstäben beurteilen.

Fühlt sich das Publikum von Extremen angesprochen?

Dieser Film wird Befürworter und Gegner finden. Ein Film verändert nichts. Die Leute, die ihn anschauen, können sich aber verändern. Filme machen heißt, etwas zu zeigen, und ich will Extreme zeigen. Der Film wird polarisieren.

In Ihren anderen Filmen warfen Sie ein kritisches Licht auf die Massenproduktion von Lebensmitteln und auf die Entwicklungen des Finanzsystems. Sie haben mit Ihrer Trilogie drei große gesellschaftliche Themen abgehandelt. Welchen Namen würden Sie der Trilogie geben?

Ich nenne sie „Trilogie der Erschöpfung“. Wir haben uns erschöpft. Das sehen wir in allen Bereichen.

Manche ihrer ProtagonistInnen kommen in ihren Filmen nicht gut weg, so etwa der Top-Manager in „Alphabet“. Weiß dieser bei den Dreharbeiten, dass er die negative Seite im Film darstellen wird?

Ich kann niemanden filmen, ohne dessen Erlaubnis und dessen Unterschrift. Jeder Protagonist muss einen Vertrag unterschreiben. Die Interviewpartner geben im Interview nur ihre persönliche Meinung wieder. Ein Film ist nichts anderes als Kontextkunst. Ich verbinde das chinesische Bildungssystem mit dem PISA-Test, damit die Zuseher einen Zusammenhang erkennen.

Sie vereinfachen die Probleme damit aber gewaltig.

In einem Film von 90 Minuten Länge muss ich den Inhalt einfach darstellen. Würde ich das Thema hochkomplex und wissenschaftlich aufbereiten, so hätte es keinen Platz im Kino. Und ich möchte mit dem Film eine Bewegung auslösen.

In welche Richtung sollte so eine Bildungsbewegung gehen?

Lehrer sollen nicht mehr belehren. Ein Mensch kann sich nur selber bilden.

Halten Sie das nicht für utopisch?

Nein. Ich beobachte, dass sich aus der Zivilgesellschaft heraus gerade eine Bewegung entwickelt. Die Eltern werden ungeduldiger. Ich bin tief davon überzeugt, dass in nächster Zeit einiges passieren wird.

Elisabeth Gamperl und Luiza Puiu studieren Kultur- und Sozialanthropologie und Soziologie an der Uni Wien.

Sprung ins kalte Wasser

Seit 2010 wird für das Psychologiestudium in Wien ein Aufnahmeverfahren durchgeführt. Rund 2.000 BewerberInnen kämpften heuer um 500 Studienplätze. Unsere Autorin hat sich vor Ort umgesehen und die TeilnehmerInnen nach ihrer Meinung und ihren Erfahrungen mit der Prüfung befragt.

Anspannung. Stille. Nur manchmal hört man das Knarren eines Stuhls, das leise Rascheln eines der vielen durchsichtigen Plastiksäckchen, in denen die zukünftigen Studierenden ihre Habseligkeiten verstauen mussten. In der großen grauen Halle A der Messe Wien ist es kalt. Beim Hereinkommen wird man einem von 30 Sektoren zugewiesen und sucht im jeweiligen Sektor nach jenem Platz, der mit dem eigenen Namen beschriftet ist. Es ist der 3. September 2013 – der Tag der Psychologie-Aufnahmeprüfung. Mit rund 4.000 anderen TeilnehmerInnen soll man nun um einen der begehrten 500 Studienplätze kämpfen.

Am Prüfungstag erscheint dann aber nur knapp die Hälfte der angemeldeten Personen. Der Saal ist bei weitem nicht voll. Ganze Tischreihen bleiben leer. Der Dekan der psychologischen Fakultät, Germain Weber, informiert die Anwesenden per Mikrophondurchsage, dass nur knapp 2.000 TeilnehmerInnen erschienen sind. Großes Aufatmen im Saal – die eigene Chance, einen Studienplatz zu ergattern, hat sich damit plötzlich verdoppelt. „Bekommt man einen Bachelor-Platz in Wien“, sagt der Dekan weiter, „dann hat man in Wien auch einen gesicherten Master-Platz.“ Die nächste gute Nachricht für die zukünftigen Psychologie-Studierenden.

GEMISCHTE REAKTIONEN. Dann werden die Prüfungsmodalitäten erklärt. Die Aufnahmeprüfung besteht aus drei Teilen: Wissen, Methodik und Englisch. Für den Wissens-Teil waren bestimmte Kapitel eines Psychologie-Lehrbuchs zu lernen – dieser Teil ist 70 Punkte wert. Bei Methodik und Englisch kann man jeweils auf 40 Punkte kommen. Für 150 mögliche Punkte hat man 150 Minuten Zeit. Die Prüfungs-

bögen werden gleichzeitig umgedreht – ein lautes Rascheln geht durch den Saal. Zur Beantwortung der jeweiligen Wissensfragen brauchen die Anwesenden nur wenige Sekunden. Die dadurch gewonnene Zeit wird für den Englisch- und den Methodik-Teil genützt, Prüfungen auf die man sich nur schwer vorbereiten kann.

Als die 150 Minuten schließlich vorbei sind, fallen die Reaktionen der TeilnehmerInnen gemischt aus. Einige scheitern am Englisch, andere an den Fragen zur Methodik. „Auf den Wissens-Teil konnte man sich sehr gut vorbereiten“, meint Hannah, 18, aus Niederösterreich: „Der Methodik-Teil war nicht berechenbar. Aber wenn man solide Mathematikkenntnisse hat, ist er zu bewältigen. Englisch war auf Maturaniveau und relativ leicht.“ Auch Jonas, 25, aus Tübingen fand den Methodik-Teil anspruchsvoll: „Es war tückisch. Es gab viel Text, der überflüssig war und zur Ablenkung diente“, sagt er.

SINNHAFTHKEIT DER AUFNAHMEPRÜFUNG.

Doch wie sinnvoll ist so eine Aufnahmeprüfung überhaupt? Jonas findet das Aufnahmeverfahren eine gute Idee. „Da muss man zumindest etwas lernen. Die Leute, die das wirklich wollen, haben einen gerechtfertigten Vorteil gegenüber Leuten, die sich vielleicht nur so zum Spaß anmelden“, so Jonas. Elke, 35, sieht das genauso. Die Salzburgerin lebt gerade in Bayern. „In Deutschland haben sie den Numerus Clausus und glauben, dass ein Mensch, der an wenigen bestimmten Tagen seines Lebens nicht ganz so gut abgeschnitten hat, nicht auch ein guter Psychologe oder Mediziner werden kann“, meint sie: „Ich finde das unsinnig und das österreichische System viel besser.“

Die Aufnahmeprüfung soll, laut Homepage des StudienServiceCenters der Psychologie, „studienrelevante Fähigkeiten“ überprüfen: Neben Textverständnis und Prüfungswissen wird auch die „Fähigkeit zum formal-analytischen Denken“ der zukünftigen Studierenden geprüft. Dies wird vor allem durch den Methodik-Teil erreicht. Der ist bei den TeilnehmerInnen aber nicht unumstritten. „Englisch und Methodik waren für mich ein Sprung ins kalte Wasser. Ich hab mich nicht gezielt vorbereiten können“, sagt Hannah und fügt hinzu: „Mein Schulwissen hat mir aber geholfen.“ Die Schwierigkeit des Methodik-Teils variiert von Jahr zu Jahr. „Ich dachte mir, dass sie die Fragen schon so stellen, dass man sich kaum darauf vorbereiten kann – ähnlich wie bei einem IQ-Test“, sagt Jonas.

Letztlich scheint der Methodik-Teil aber nicht nur die „Fähigkeit zum analytischen Denken“ abzufragen, sondern vor allem Mathematikkenntnisse. Ein erlerntes Wissen also, das man sich je nach Schulbildung entweder aneignen konnte – oder eben nicht. Elke hat die Aufnahmeprüfung dieses Jahr nicht geschafft. „Ich bin etwas älter als der Schnitt. Meine Matura ist demnach ewig her“, sagt sie: „Ich hab mich seit Jahrzehnten nicht mehr mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen und Co beschäftigt. Das waren also nicht unbedingt die besten Voraussetzungen, um diese Prüfung zu bestehen.“ Enttäuscht ist sie trotzdem, vor allem weil ihr das Lernen des Psychologiestoffs viel Spaß gemacht hat. „Ich konnte den Zimbardo (Autor des Psychologie-Lehrbuches, Anm. der Red.) wirklich gut und ich fand die Materie auch super interessant.“

TEURE VORBEREITUNG. Intensives Lernen ist offenbar nicht immer ein Garant dafür, die Prüfung auch zu bestehen. Eine Umfrage in der Facebook-



Foto: Thomas Exel

Gruppe zum diesjährigen Aufnahmeverfahren ergab, dass fast ein Viertel der TeilnehmerInnen einen Vorbereitungskurs besucht hat. Um sich gegen die große Konkurrenz durchzusetzen, sind manche bereit viel Geld zu zahlen. Für etwa 300 Euro kann man sich eine Woche lang von verschiedensten privaten Instituten gründlich auf die Aufnahmeprüfung vorbereiten lassen.

Jonas hat die Prüfung auch ohne Kurs bestanden. „Ich hab keinen wirklichen Nutzen darin gesehen“, sagt Jonas. „Auf den Methodik- und den Englisch-Teil kann man sich nicht vorbereiten und beim Lernen des Zimbarido hilft halt auch kein Kurs“, meint er. Auch Hannah hat es ohne Kurs geschafft. „Es spricht gegen meine Prinzipien, dass man Geld in Kurse investiert, während andere Menschen nicht die erforderlichen Mittel haben“, sagt sie: „Jeder Mensch sollte die gleichen Chancen haben.“

FEHLENDE TRANSPARENZ. An der Aufnahmeprüfung wird stark kritisiert, dass weder das erreichte Testergebnis noch der Rang, den man in der Reihung der TeilnehmerInnen erzielt hat, nach der Prüfung für die zukünftigen Studierenden einsehbar sind. „Für diejenigen, die überlegen, es erneut zu versuchen, wäre das sicherlich eine gute Entscheidungsbasis“, meint Jonas: „Allerdings ist es auf der anderen Seite ärgerlich für alle, die herausfinden müssen, dass sie ganz knapp gescheitert sind.“ Hannah sieht in der mangelnden Transparenz des Aufnahmeverfahrens das größte Problem. „Dieses Vorgehen lässt möglicherweise bei einigen der TeilnehmerInnen Zweifel an der Korrektheit des Testergebnisses aufkommen“, sagt sie, und fügt hinzu: „So kann man die persönliche Leistung nur schwer einschätzen. Hat man die

Prüfung nicht geschafft, kann man nicht beurteilen, welche Teile des Tests bei einem Neuantritt intensiver zu lernen wären.“

Seitens der Universität Wien beruft man sich hinsichtlich der fehlenden Transparenz der Aufnahmeprüfung auf die Universität Salzburg. „Das Verfahren in der Psychologie wird gemeinsam mit der Universität Salzburg durchgeführt. Die Federführung in Bezug auf die Gestaltung der Abläufe hat die Salzburger Universität“, erklärt Cornelia Blum, Pressesprecherin des Rektorats der Universität Wien: „Die Universität Wien hat sich als Kooperationspartner der Vorgangsweise angeschlossen.“ Obwohl der Wiener Universität ein transparentes Verfahren ein Anliegen sei, widerspräche eine allgemeine Veröffentlichung der Ergebnisse „datenschutzrechtlichen Bestimmungen“, heißt es weiter.

FLUCHT VOR DEM NUMERUS CLAUSUS. Auffallend ist beim Aufnahmeverfahren für Psychologie auch die große Anzahl deutscher TeilnehmerInnen. Das gibt einigen österreichischen Studierenden zu denken: „Ich finde wirklich, dass eine Quotenregelung hergehört. Es ist schon etwas komisch, dass so viele Deutsche an der österreichischen Psychologie sitzen“, sagt Elke, die zwar gerade in Bayern wohnt, aber ursprünglich aus Salzburg kommt: „Klar kann ich es bei deren Numerus Clausus nachvollziehen, aber Österreich kann doch nicht wirklich unzählige Millionen für Studierende ausgeben, die dann wieder in ihre Heimat zurückgehen“, meint sie weiter: „Es ist eine Regelung notwendig. Und das ganz dringend.“ Das sieht Hannah genauso: „Grundsätzlich sollte man die Möglichkeit haben, sich im Ausland fortzubilden. Aber unterschiedliche Regelungen in Europa führen zu unausgewogenen

Verhältnissen. Hier kann nur eine europaweite Regelung der Studienzulassung helfen“, sagt sie. Jonas ist nun einer der deutschen Psychologie-Studierenden in Wien. Er ist gegen eine Quotenregelung: „Es gibt auch viele ÖsterreicherInnen auf deutschen Unis. Da gibt es auch keine Quote“, sagt er: „Ich fände das auch irgendwie diskriminierend.“

Aus Sicht der Universität Wien hat eine mögliche Quotenregelung zugunsten österreichischer Studierender momentan keine hohe Dringlichkeit. Außerdem fühlt sich die Universität dafür auch nicht zuständig. „Diese Frage zu entscheiden liegt nicht in der Autonomie der Universität“, sagt Cornelia Blum. „Es gibt derzeit eine Regelung in der Medizin, die in Abstimmung zwischen österreichischem und europäischem Gesetzgeber festgelegt ist. Eine Initiative müsste daher vom österreichischen Gesetzgeber ausgehen und wäre in Abstimmung mit der EU festzulegen“, erklärt sie weiter.

Beim Psychologie-Aufnahmeverfahren besteht sicher ein Bedarf an Verbesserungen. Sowohl der von Jahr zu Jahr stark variierende Methodik-Teil als auch die fehlende Transparenz der Prüfung werfen kein gutes Licht auf das Aufnahmeverfahren. Wer es dieses Jahr geschafft hat, muss sich mit diesen Problemen jedenfalls nicht mehr auseinandersetzen. Während Jonas und Hannah sich schon auf ihr Studium an der Universität Wien freuen, wird Elke es hingegen wieder versuchen. „Ich werde vermutlich nächstes Jahr noch einmal in der Prüfung sitzen – hoffentlich mit größerem Erfolg“, sagt sie zuversichtlich.

Verena Ehrnberger ist Juristin und studiert Vergleichende Literatur an der Universität Wien.

„Wie oft fährst du nach Hause?“



Da mein Heimatort circa drei Stunden von Wien entfernt liegt, hat sich das "Heimfahren" mit den Jahren stark reduziert. Nur Feiertage und einige Wochen in den Sommerferien verbringe ich jedes Jahr in der Steiermark.

*Eva-Maria, 21, Soziologie und Komparatistik, Uni Wien
Hall bei Admont/Steiermark.*



Ich fahre so einmal in zwei Monaten nach Hause. Manchmal öfter, wenn Geburtstage anstehen. Manchmal seltener, wenn zum Beispiel Prüfungen geschrieben werden wollen. Egal, wie lange ich weg war, meine Eltern freuen sich immer mich zu sehen.

*Andreas, 23, Maschinenbau-Wirtschaftsingenieurwesen, TU Wien
Fischau/Niederösterreich.*



Ich fahre jedes zweite bis dritte Wochenende nach Hause. Ich freue mich immer, wenn ich meine Familie und meine Freunde aus meinem Heimatort wiedersehe. Außerdem genieße ich die Natur und die Ruhe.

*Stefanie Posch, 21, BWL, WU
Ratten/Steiermark.*



Im Grunde fahr ich etwa alle drei Wochen von Wien nach Oberösterreich nach Hause, da doch viele Freunde wieder oder noch dort wohnen, auch die Familie sieht man manchmal ganz gern. Hin und wieder besteht auch die Möglichkeit, am Samstag dort zu arbeiten, wodurch es dann sein kann, dass ich etwas öfter nach OÖ fahre.

*Maria, 22, Lehramtsstudium Deutsch und Geschichte, Uni Wien
Oftering/Oberösterreich.*



Umfrage: Margot Landl
 Fotos: Alexander Götter

Ich fahre eher selten nach Hause. Zum einen aus finanziellen Gründen, wobei es mittlerweile recht günstige Bus- und Zugverbindungen nach Berlin gibt. Zum anderen aus Zeitgründen, da die Reise jeweils knapp einen Tag in Anspruch nimmt. Wenn sich jedoch die Gelegenheit bietet, zögere ich nicht lange, um meine Muddastadt wiederzusehen!

*Hannes, 21, Technische Physik, TU Wien
Berlin/Deutschland.*

Service, das hilft!

Neuregelung Familienbeihilfe

Ein kleiner Schritt auf dem langen Weg zu einem gerechteren Beihilfensystem ist mit der Neuregelung der Familienbeihilfe erreicht. Seit 1. September ist es möglich, die Familienbeihilfe direkt ausbezahlt zu bekommen. Dafür ist die Unterschrift der Eltern und das Ausfüllen eines Formulars erforderlich. Das Formular muss einfach bei dem Finanzamt des Hauptwohnsitzes abgegeben werden. Neu ist auch die Regelung der

Zuverdienstgrenze über 10.000 Euro. Bis jetzt musste die Familienbeihilfe für das gesamte Jahr zurückgezahlt werden, wenn sie überschritten wurde. Jetzt gilt, dass nur der Betrag, der über der Zuverdienstgrenze liegt, zurückgezahlt werden muss. Das heißt wenn du in diesem Kalenderjahr mehr als 10.000 verdienst, musst du im nächsten Kalenderjahr nur die Differenz zurückzahlen. (SR)

Helpline

Die psychologische Studierendenberatung soll Studierende bei der besseren Bewältigung des Alltags helfen, zum Beispiel bei Prüfungsangst, Lernschwierigkeiten, Schreibblockaden, und Ähnlichem. Als Anlaufstelle für Studierende ist es uns wichtig, hier auch die Möglichkeit der telefonischen und anonymen Beratung bereitzustellen. Die psychologische

Studierendenberatung ist telefonisch zu erreichen unter: 01-402 30 91 und per Mail an: psychologische.studentenberatung@univie.ac.at.

Mehr Infos findest du unter: www.studierendenberatung.at

(SR)

POLITIK



Finger weg von unserem Netz!

Eines Tages läutet es an der Tür. Die Studentin der Internationalen Entwicklung staunt nicht schlecht, als plötzlich Beamte des Verfassungsschutzes mit finsterer Miene Zutritt verlangen. Sie stehe, so die knappe Erklärung, im Verdacht, in Aktivitäten des internationalen Terrorismus verstrickt zu sein. Als die junge Frau dann auch noch einen Untersuchungsbeschluss in Händen hält, traut sie ihren Augen nicht. Wie konnte es dazu kommen?

Dieses düstere Szenario ist keineswegs so fern der Realitäten. Spätestens seit Edward Snowden und der durch ihn einer breiten Öffentlichkeit aufgezeigten Details zur Schnüffelpraxis der Geheimdienste bestehen keine Zweifel mehr, dass unsere menschliche Existenz im digitalen Zeitalter der totalen Kontrolle unterliegt. Wer also im Zuge des Studiums – um nur ein Beispiel zu nennen – mithilfe von Google zu asymmetrischen Konflikten und den Krisenerscheinungen im Spannungsfeld der Nord-Süd-Beziehungen recherchiert, könnte sich tatsächlich unwissend der Gefahr aussetzen, dass die algorithmische Auswertung der Sucheingaben die alarmierte Aufmerksamkeit der staatlichen Behörden nach sich zieht.

„Das neue Herrschaftswissen beruht auf Big Data, jenen großen Datenmengen, die es erlauben, unser Verhalten weitgehend vorauszuberechnen und durch kleinere und größere Eingriffe zu optimieren“, schrieb Konrad Becker aus gegebenem Anlass vor kurzem in einem Standard-Kommentar. Der Leiter des in Wien ansässigen World-Information Institute ist Mitinitiator des Netzpolitischen Konvents der österreichischen Zivilgesellschaft, der zu Jahresbeginn 2013 mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, auch in Österreich mit allem Nachdruck „für eine offene, demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft“ einzutreten. Die jüngsten Abhörskanda-

le und vor allem auch die Ignoranz der obersten Organe der Republik lassen tatsächlich die Alarmglocken schrillen. Mit der Kampagne "Finger weg von unserem Netz!" will der Konvent nun die Öffentlichkeit wachrütteln. Zahlreiche Gruppen und Organisationen, darunter auch die Initiative für Netzfreiheit, der Arbeitskreis Vorratsdaten, freie Radios sowie die IG Kultur Österreich, haben sich zusammengesetzt, um eine umfassende netzpolitische Agenda vorzulegen. Das Internet und die neuen Möglichkeiten der Vernetzung, so die gemeinsame Botschaft, erfordern eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, an struktureller Erneuerung und gesellschaftlicher Teilhabe – und nicht, wie es derzeit den Anschein erweckt, an den Machtinteressen etablierter Institutionen und profitgieriger Geschäftsmodelle.

Die Debatten im Vorfeld der Nationalratswahl 2013 hätten der öffentlichen Bewusstseinsbildung eine Chance geboten, die Parteien ließen sie jedoch ungenutzt. Die Entwicklung der digitalen Räume, unserer Kommunikation und Interaktion dürfen nicht dem freien Spiel der Interessen von Konzernen und Geheimdiensten überlassen bleiben. Stattdessen braucht es Regularien, die in einem transparenten und auf Grundrechten basierten Verfahren zu definieren sind. Lobbies, Geheimdiensten und Datenmagnaten ist schleunigst

Einhalt zu gebieten. Das erfordert eine Netzpolitik, die den Anforderungen demokratisch ausgestalteter Informationslandschaften Rechnung trägt!

DIE WICHTIGSTEN ANLIEGEN FÜR EIN FREIES NETZ:

Datenschutz: Die Wahrung der Privatsphäre ist Grundvoraussetzung für das Vertrauen in die Informationsgesellschaft. Nur wer über die Sammlung, Weitergabe und Analyse der eigenen Daten bestimmen kann, wird ohne Angst die neuen Möglichkeiten nutzen. Strenge nationale und europäische Regelungen können sicherstellen, dass die Privatsphäre bereits in Technologie und Standardeinstellungen geschützt wird.

Netzneutralität: Ein Grundgedanke des Internets ist seit jeher der Anspruch auf freie und gleichberechtigte Kommunikation. Wenn aber zahlungskräftige Konzerne eine Überholspur erhalten, werden Meinungsfreiheit, Innovation und Chancengleichheit der Profitgier geopfert. Die digitalen Netze müssen als öffentliches Forum zum sozialen und kulturellen Austausch erhalten bleiben. Dies ist nur durch Gleichberechtigung von Netztechnologien und Datenübertragung sowie durch Transparenz des Netzwerkmanagements möglich. Es darf folglich auch keine manipulativen Eingriffe in Datenströme und Protokolle geben.

Offene Daten: Datenbestände des öffentlichen Sektors sind grundsätzlich frei zugänglich zu machen. Auch in Österreich bedarf es eines umfassenden Rechts auf Information und Einsicht in die Akten der Verwaltung (*Freedom of Information Act*). Das gilt in gleichem Ausmaß für Unterlagen öffentlicher Bildungseinrichtungen. Daten, Methoden, Ergebnisse, Forschungspublikationen und Bewertungskriterien der wissenschaftlichen Forschung müssen öffentlich zugänglich, durchsuchbar und reproduzierbar sein.

Urheberrecht: In seiner gegenwärtigen Form schafft das Urheberrecht eine Vielzahl von Unsicherheiten und Problemen. Es droht immer mehr, zu einem Mittel der Kriminalisierung unserer digitalen Alltagskultur zu werden. Davon betroffen sind auch Bibliotheken und Archive. Eine Reform ist längst überfällig, um durch vereinfachte Nutzungsbestimmungen Rechtssicherheit zu schaffen und Eigentumsmonopole über die Wissensinhalte der Informationsgesellschaft zu verhindern.

Mehr zum netzpolitischen Konvent der österreichischen Zivilgesellschaft: npk.servus.at

Martin Wassermair ist Historiker und Politikwissenschaftler und am World Information Institute tätig.

Ein Schleier, der sich über die Existenz legt

Der Verein Hemayat bietet seit 1994 traumatisierten Folter- und Kriegsüberlebenden medizinische, psychologische und psychotherapeutische Betreuung. Die Psychologin und Psychotherapeutin Barbara Preitler hat den Verein mitbegründet. Claudia Aurednik sprach mit ihr über die Traumata von Flüchtlingen.

progress: Das Wort Hemayat bedeutet im Arabischen Betreuung und Schutz. Hat es vor der Gründung des Vereins keine Betreuungsmöglichkeiten für traumatisierte Kriegsflüchtlinge gegeben?

Barbara Preitler: Erst Anfang der 1990er Jahre kam man in Mitteleuropa zu der Erkenntnis, dass Menschen mit traumatischen Erlebnissen – wie etwa Krieg, Flucht und Folter – psychotherapeutisch betreut werden müssen. Im Laufe des Balkankriegs wurden einzelne Initiativen gegründet, die sich um Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gekümmert haben. Wir aber waren der erste Verein, der Folter- und Kriegsüberlebende psychotherapeutisch betreut hat. Unser erstes Jahresbudget, in der Höhe von 10.000 US-Dollar, haben wir von der UNO bekommen. Eine NGO, die Deutschkurse angeboten hat, hatte uns damals erlaubt nach Kursende ihre Räumlichkeiten zu nutzen. Im Laufe der Zeit haben wir uns als Verein etabliert. Dennoch mussten wir ständig mit Mängeln kämpfen. Diese reichten von zu wenig Geld und Personal bis hin zu fehlenden Räumen und unzureichenden Sprachkenntnissen. Nur zu wenige KlientInnen hatten wir nie. Aktuell warten 300 Personen auf einen Therapieplatz bei *Hemayat*.

Aus welchen Ländern kommen Ihre KlientInnen?

Unsere KlientInnen kommen aus circa 40 verschiedenen Ländern. Die meisten stammen aus dem Iran sowie aus arabischen und afrikanischen Ländern. Derzeit betreuen wir sehr viele Menschen aus Tschetschenien und Afghanistan und langsam kommen auch immer mehr syrische Flüchtlinge zu uns.

Unter welchen psychischen Problemen leiden Ihre KlientInnen?

Viele leiden an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Diese tritt meist nach einem außergewöhnlich schlimmen Erlebnis auf – mit unterschiedlichen Symptomen: Die Menschen leiden etwa an schmerzhaften Erinnerungen, die sich unterschiedlich zeigen. Manchmal erinnern sich die Betroffenen ständig an das Erlebte und beschreiben die Situat-

ion als eine Art Schleier, der sich über ihre gesamte Existenz legt und immer präsent ist. Bei Anderen ist es aber so, dass erst durch ein bestimmtes Ereignis die traumatischen Erlebnisse wieder hochkommen. Dies kann sich in Alpträumen und in den schlimmsten Fällen in Flashbacks äußern. Dem gegenüber stehen die Symptome der Vermeidung. Es wird alles getan, um die schmerzhafteste Erinnerung abzublocken.

Treten in weiterer Folge auch Depressionen auf?

Traumatisierte Menschen neigen generell dazu, besonders empfänglich für physische und psychische Erkrankungen zu sein. Im Zuge meiner wissenschaftlichen Tätigkeit beschäftige ich mich viel mit Trauer, die jedoch nicht als psychische Krankheit diagnostiziert werden kann. Trauer ist eine normale Reaktion auf Verlust. Die Flüchtlinge, mit denen ich arbeite, haben massive Verluste erlitten. Meist haben sie das Haus, die Freunde, ihre Peer-Groups, ihren Arbeitsplatz und ihre Haustiere verloren. Flüchtlinge, denen ausschließlich diese Dinge widerfahren sind, habe ich aber bislang nicht getroffen. Die meisten Flüchtlinge haben alle ihre Angehörigen verloren, ohne dass sie die Möglichkeit einer Verabschiedung hatten. Diese „komplizierte Trauer“ ist natürlich mit einer langanhaltenden Traurigkeit verbunden.

Was wird beim Umgang mit Flüchtlingen zu wenig beachtet?

Meiner Ansicht nach findet die Tatsache, dass die Fluchtrouten selbst für die Flüchtlinge hochtraumatisch geworden sind, zu wenig Beachtung. Die meisten von ihnen sind oft monate- oder jahrelang unterwegs und den Schleppern ausgeliefert. Die Bandbreite der Arten von Schleppern reicht dabei vom brutalsten Menschenhändler bis zum größten Menschenfreund. Für die Flüchtlinge ist es aber eine reine Glückssache, an wen sie bei ihrer Flucht geraten. Denn sie sind rechtlos, man kann mit ihnen tun, was man will. Viele von ihnen sind dadurch noch zusätzlich traumatisiert worden. Es wäre also gut, wenn sie in „Welcome-Cen-

ters“ und nicht in Polizeianhaltezentren aufgenommen werden würden.

Viele Frauen erleben im Krieg oder während der Folter sexuelle Gewalt. Sind sie dadurch stärker von Traumatisierungen betroffen?

Wir täuschen uns wirklich sehr, wenn wir davon ausgehen, dass ausschließlich Frauen vergewaltigt werden. Denn auch viele Männer wurden sexuell missbraucht und vergewaltigt. Diese Traumata werden jedoch tabuisiert. Frauen haben hingegen ein gemeinsames Wissen darüber, was ihnen in Kriegs- und Diktatorsituationen passiert ist. Sie leiden besonders stark unter der Angst, dass die sexuelle Gewalt weitergehen könnte und dass ihre Männer davon erfahren könnten. Dennoch möchte ich da keine Opferhierarchie konstruieren. Es ist sowohl für Männer als auch für Frauen schrecklich, etwas Derartiges erlebt zu haben.

Was kritisieren Sie am Umgang mit Flüchtlingen in Österreich?

Ich habe manchmal den Eindruck, als würde eine Schuldvermutung gegenüber allen AsylwerberInnen gelten. Es kann nicht sein, dass jemand, der um Asyl bittet, automatisch des Asylmissbrauchs bezichtigt wird. Bei dem Anspruch auf Asyl handelt es sich um ein Menschenrecht. Es schwer vorstellbar, dass jemand einfach aus Spaß, ohne etwas mitzunehmen seine oder ihre Heimat verlässt, sich Schleppern anvertraut, auf einem seeuntauglichen Boot nach Europa fährt und in griechischen Parks von Neonazis verfolgt wird. Daher sollten wir damit aufhören, diesen menschenverachtenden Generalverdacht über alle und jeden zu erheben. Ich mache diese Arbeit aus der tiefsten Überzeugung und weil jeder Mensch gewisse Grundrechte hat. Wenn jemand das Pech hat, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu sein, dann hat dieser das Recht auf jede Form des Schutzes und der Rehabilitation.

Claudia Aurednik ist Zeithistorikerin und studiert Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der WU Wien.

Schlepperei in Zeiten unbegrenzter Grenzen

Wenn es um Schlepperei geht, wird emotionalisiert. Wer trotzdem differenziert, muss die restriktive Asylpolitik der EU als eine ihrer größten Förderinnen erkennen.

„In DDR-Zeiten hießen ‚Schlepper‘ übrigens ‚Fluchthelfer‘ und alle (außer der SED) fanden sie ganz toll. Nur ein Gedanke.“ Mitten in der Augusthitze, als die „Schlepper-Mafia“ nach der Verhaftung von drei Aktivisten der Refugee-Bewegung gerade in aller Munde war, sorgte Armin Wolf mit diesem Tweet für ein wenig zusätzliche Erregung. Die FPÖ tat in einer OTS-Meldung ihre Empörung darüber kund, dass Wolf „doch tatsächlich schwerst kriminelle Schlepper mit idealistischen Fluchthelfern aus DDR-Zeiten vergleicht“. Helmut Brandstätter mokierte sich im *Kurier*: „Wenn jetzt Fluchthelfer aus der kommunistischen Diktatur DDR mit heutigen Schlepperbanden verglichen werden, hört sich der Spaß auf.“ Als Begründung erteilte er den LeserInnen Geschichtsunterricht: „Alleine an der Berliner Mauer wurden zwischen 1962 und 1989 mindestens 251 Menschen getötet, die von Deutschland Ost nach Deutschland West übersiedeln wollten.“ Unerwähnt blieb hingegen, dass in den vergangenen 25 Jahren alleine im Mittelmeer schätzungsweise 20.000 Bootsflüchtlinge ertrunken sind, die versucht haben von Afrika nach Europa zu gelangen. Um Spaß ist es beim Thema Flucht zu DDR-Zeiten genauso wenig gegangen wie heute.

Das Delikt der Schlepperei liegt laut Fremdenpolizeigesetz dann vor, wenn Menschen materiellen Gewinn daraus erzielen, den illegalen Grenzübertritt anderer zu fördern – auf freiwilliger Basis, ohne Gewaltandrohung, Vorspiegelung falscher Tatsachen und Machtmissbrauch. Dadurch ist es

klar vom Delikt des Menschenhandels abgegrenzt. SchlepperInnen bringen Geschleppte für Geld über Grenzen. MenschenhändlerInnen beuten ihre Opfer aus. Dazu, dass dieser Unterschied in der rechtlichen Definition kaum jemandem bewusst ist, haben Medien – in Österreich wenig überraschend allen voran die *Krone* –, aber auch so manche PolitikerInnen viel beigetragen: Schlepperei wird mit Brutalität und Skrupellosigkeit verknüpft und tritt reflexartige Assoziationen mit schweren Gewalttaten und Menschenhandel los. Jeder Versuch einer differenzierten Auseinandersetzung mit Schlepperei und den strukturellen Widersprüchen der europäischen Flüchtlingspolitik, auf die sie verweist, erscheint in diesem Licht von vornherein als anrüchig.

LEGALE FLUCHTHILFE. Es macht aber durchaus Sinn, das Delikt der Schlepperei in einem größeren – auch historischen – Kontext zu reflektieren und dazu einen Blick in die deutsche Geschichte zu wagen. 1977 war auf organisierte Fluchthilfe angewiesen, wer aus der DDR floh, und der deutsche Bundesgerichtshof urteilte diesbezüglich: „Der Fluchthilfevertrag kann auch unter Berücksichtigung seines Gesamtcharakters nicht als verwerflich betrachtet werden.“ Wer Flüchtende dabei unterstützt, „das ihnen zustehende Recht auf Freizügigkeit zu verwirklichen, kann sich auf billigen Motive berufen und handelt sittlich nicht anstößig“. Für ihre Dienste durften FluchthelferInnen eine Vergütung verlangen, die sie auch vor Gericht einklagen konnten. Der stellvertretende Außenminister der

DDR, Kurt Nier, kritisierte, dass damit „die Existenz und Tätigkeit krimineller Menschenhändler in der BRD legalisiert“ werde.

Heute ist fast immer auf „kommerzielle Fluchthilfe“ angewiesen, wer in Europa Schutz sucht. Aber ihre Bewertung in Europa hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs grundlegend gewandelt. Wo vormals von „Flucht“ die Rede war, geht es jetzt um „illegale Einreise“; aus nicht strafbaren Hilfs- und Dienstleistungen wurde innerhalb weniger Jahre ein hochkriminalisiertes Verbrechen. Als Schlepperei wurde Fluchthilfe in den 1990ern zum strafbaren Delikt, das in weiterer Folge immer weiter ausgedehnt wurde – in Österreich zuletzt mit dem Fremdenpolizeigesetz 2005. Dr. Kurt Schmoller, damals Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, attestierte eine „Überkriminalisierung“: Die Strafmaße seien unverhältnismäßig hoch und von der Möglichkeit der Definition von Ausnahmen – zum Beispiel für humanitäre Hilfe und die Zusammenführung von Angehörigen – wurde nicht Gebrauch gemacht.

KEINE FLUCHTWEGE. Die größten KritikerInnen der Missachtung des Rechts auf Freizügigkeit durch kommunistische Staaten arbeiten nunmehr selbst massiv an der Beschneidung der Mobilität eines beträchtlichen Teils der Weltbevölkerung. Die Möglichkeiten, auf reguläre Weise in ein europäisches Land einzureisen, um dort Asyl zu beantragen, wurden in den letzten 20 Jahren beinahe zur Gänze abge-



Foto: Ewa Engelbert

schaft. Die viel verwendete Metapher der „Festung Europa“ beschreibt diese Situation nur dürftig. Aufgrund von Visapflicht, Drittstaaten-Regelungen und der Verlagerung der europäischen Grenzpolitik auf Transitstaaten scheitern viele Flüchtlinge nicht erst an den Grenzen der sich abschottenden europäischen Staaten. „Durch die Vorverlagerung der Grenzkontrollen werden sie bereits daran gehindert, ihren Weg in Richtung Europa überhaupt aufzunehmen“, konstatiert Tillmann Löhr in seinem Buch „Schutz statt Abwehr“ und schreibt deshalb von „Europas unbegrenzten Grenzen“.

Der Weg zum Asylverfahren führt heute folglich meist unweigerlich in die Illegalität und zur Inanspruchnahme „kommerzieller Fluchthilfe“. In diesem Sinne kamen John Morisson und Beth Crosland bereits 2001 in einem Paper für die UNHCR zu dem Schluss, dass ein großer Teil der Maßnahmen europäischer Staaten im Kampf gegen Schlepperei im Grunde Teil des Problems sei. Das restriktive europäische Grenzregime produziere nicht nur die Bedingungen, in denen die Nachfrage nach den Diensten von SchlepperInnen boomt. Die EU riskiere auch, das Menschenrecht auf Asyl in Europa faktisch abzuschaffen, solange keine ausreichenden legalen und sicheren Fluchtwege – beispielsweise durch Schutzvisa – geschaffen werden. Diese Zusammenhänge werden in der Regel jedoch weitgehend ignoriert. Leichter ist es, den Schwarzen Peter kriminellen Schlepperbanden zuzuschreiben.

Auch nach dem Tod von über 300 Flüchtlingen vor Lampedusa am 3. Oktober ließen die Kampfansagen gegen Schlepperei nicht lange auf sich warten. EU-Kommissarin Cecilia Malmström kündigte prompt an, „die Anstrengungen im Kampf gegen Schleuser, die menschliche Hoffnungslosigkeit ausbeuten, zu verdoppeln“. Kausalitäten werden dabei einfach auf den Kopf gestellt, kritisiert der Oxforder Migrationsexperte Hein de Haas. Das neue Grenzkontrollsystem *Eurosur* wird nun als Maßnahme gegen das Sterben im Mittelmeer präsentiert. Dass die Bemühungen der

Europäischen Grünen, im entsprechenden Gesetz tatsächlich nennenswerte und konkrete Verbesserungen der Seenotrettung zu verankern, in den EU-Gremien wiederholt abgelehnt wurden, wird nicht dazu gesagt. Nur eine Woche später ertranken erneut Dutzende Flüchtlinge vor der italienischen Küste.

Zur Lage an der EU-Außengrenze kommt hinzu, dass mit der seit 2003 gültigen Dublin-II-Verordnung eine Situation geschaffen wurde, die Schlepperei auch innerhalb der EU fördert. Seither können Flüchtlinge nur in jenem Land Asyl beantragen, in das sie zuerst eingereist sind. Um den menschenunwürdigen Verhältnissen, denen AsylwerberInnen in Ländern wie Griechenland, Italien und Ungarn ausgesetzt sind, zu entgehen, müssen sie auch innerhalb Europas die Gefahren und Kosten irregulärer Grenzübertritte auf sich nehmen.

KRIMINALISIERUNG. Während es in diesem Rahmen höchst fraglich ist, dass der Schlepperparagraph Flüchtlingen zu Gute kommt, scheint er durchaus dazu geeignet, jene zu kriminalisieren, die tatsächlich helfen: Stephan Schmidt und Elias Bierdel waren 2004 nach der Rettung von 37 in Seenot geratenen Flüchtlingen mit dem Hilfsschiff *Cap Anamur* in Italien wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung in einem besonders schweren Fall angeklagt und wurden erst fünf Jahre später freigesprochen. Ähnliches widerfuhr 2007 Abdelbasset Zenzeri und Abdelkarim Bayouhd, den Kapitänen zweier tunesischer Fischerboote, die 44 afrikanische Flüchtlinge gerettet hatten. Zunächst der Schlepperei verdächtigt, wurden sie 2009 wegen „Beihilfe zur illegalen Einreise“ zu drei Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Im gleichen Jahr wurde dieses Urteil zwar aufgehoben, die beiden Kapitäne wurden jedoch wegen Widerstand gegen ein Kriegsschiff zu 2,5 Jahren Haft verurteilt. Erst 2011 wurden sie vom Berufungsgericht tatsächlich freigesprochen. In Österreich wurde 2004 gegen den Anwalt Georg Bürstmayr wegen Schlepperei ermittelt, nachdem er tschechische Flüchtlinge in Tschechien über ihr Recht aufgeklärt hatte, in Österreich Asyl zu beantra-

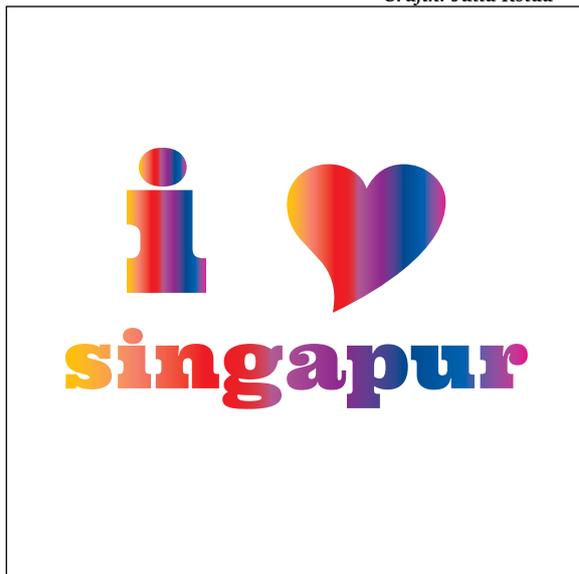
gen. Der Anwalt Lennart Binder schilderte kürzlich den weniger prominenten Fall einer kurdischen Aktivistin, die selbst nach Österreich geflohen war. Nachdem sie anderen kurdischen Flüchtlingen Unterschlupf gewährt hatte, ließen diese ihr 15 Euro da, weil sie ihren Kühlschrank leergegessen hatten. Jetzt sei sie wegen „gewerbsmäßiger Schlepperei“ angeklagt. Auch wenn die Ermittlungen gegen Bürstmayr rasch eingestellt wurden, hilfeleistende Seeleute letztlich freigesprochen wurden und Abdelbasset Zenzeri trotz allem sagte: „Ich würde es wieder tun“. Solche Geschichten transportieren, dass von Hilfeleistungen für Flüchtlinge in Notsituationen besser absieht, wer sich gehörige Scherereien mit der Justiz nicht leisten kann. Der europäische Kampf gegen illegale Migration und Schlepperwesen fördert Entsolidarisierung, kriminalisiert Zivilcourage und leistet damit einen weiteren Beitrag zur Produktion konkreter humanitärer Katastrophen. Dass sich das Desaster vom 3. Oktober zutragen musste, damit nun erwogen wird, der Kriminalisierung von Hilfeleistung und Seenotrettung ein Ende zu setzen, ist ein Armutszeugnis für Europa.

SCHLEPPEREI SOLL NICHT VERHARMLOST

WERDEN. Sie kann professionelle und verantwortungsvolle Dienstleistung sein und Leben retten. Ohne Zweifel gibt es zugleich eindeutig strafwürdige Fälle, bei denen die Grenze zum Menschenhandel verschwimmt und Flüchtlinge leichtfertig in den Tod geschickt werden. Eine verantwortungsvolle Politik müsste sich diesem differenzierten Spannungsfeld stellen und Konsequenzen daraus ziehen, statt eine pauschale und immer intensivere Kriminalisierung von Schlepperei weiter voranzutreiben. Dass SchlepperInnen oft primär aus finanziellen Interessen und nicht aus humanitären Motiven handeln, kann durchaus angenommen werden. Sicher ist aber, dass auch die Abschottung der europäischen Außengrenzen nicht in der Sorge um die Menschenrechte wurzelt.

Anna Ellmer hat Kultur- und Sozialanthropologie in Wien und Paris studiert.

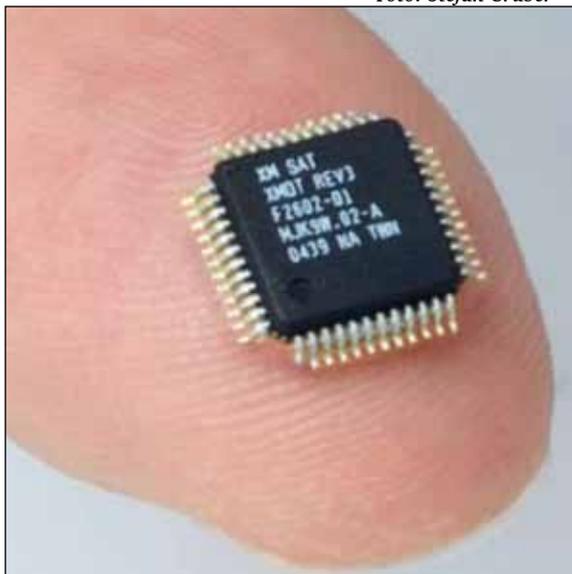
Grafik: Julia Kolda



SEXUELLE FREIHEIT

Verstöße werden von der Staatsanwaltschaft angeblich schon seit Jahren nicht mehr verfolgt, dennoch verbietet der Paragraf 377a des Strafgesetzbuchs von Singapur nach wie vor „grobe Unzucht“ zwischen erwachsenen Männern. Weil der oberste Gerichtshof eine Aushebelung mit der Begründung, dass diese Entscheidung auf demokratischem Wege erfolgen müsse, ablehnte, erhebt das Paar Gary Lim und Kenneth Chee nun Verfassungsklage. Das Gesetz geht auf die britische Kolonialzeit zurück. (FB)

Foto: Stefan Gruber



MÖRDERETIKETT

Verurteilte SchwerverbrecherInnen sollen in der Schweiz künftig mittels eines unter der Haut implantierten elektronischen Chips gekennzeichnet werden. Das fordert die Nationalrätin Céline Amaidruz von der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP). Sie beruft sich auf eine Studie der Zürcher Universitätsprofessorin Henriette Haas, wonach „eine abschreckende Wirkung nicht in erster Linie von der Höhe der Bestrafung ausgeht – sondern von der Strafgewissheit“. (FB)

Foto: Tanja Jenni



STALKING PER GEHEIMDIENST

Der US-Geheimdienst NSA gab erstmals Informationen frei, wonach Mitarbeiter mehrere Personen aus ihrem privaten Umfeld ausspähten. Dabei handelte es sich vorwiegend um ehemalige und derzeitige Partnerinnen. Die Fälle waren teilweise erst nach Jahren aufgeflogen. Überwacht wurden übrigens nur E-Mail-Adressen und Telefonnummern von Nicht-US-Bürgerinnen. (FB)

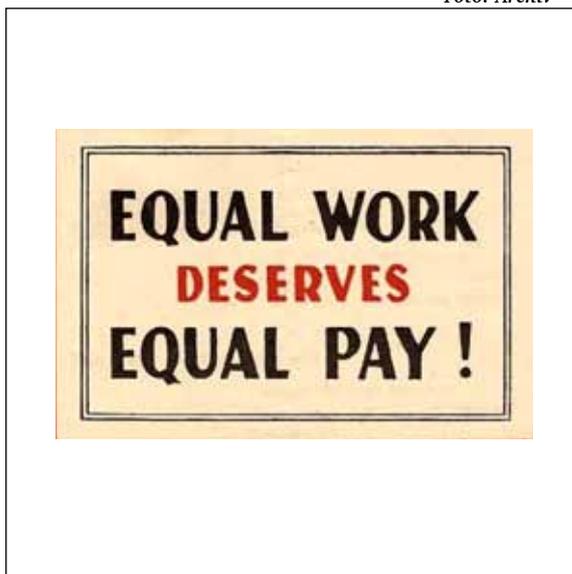
Foto: Julia Kolda

Amtlicher Stimmzettel für die Nationalratswahl am 29. September 2013									
Proporzstimmen 9A									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	FRANK	NEOS	SLP	PIRAT	WA
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

STUDIS WÄHLEN ANDERS

Die österreichischen Nationalratswahlen 2013 sind geschlagen. Ganz anders wäre die Wahl ausgefallen, hätten nur die Stimmen der wahlberechtigten Studierenden gezählt. Je etwa ein Drittel der Stimmen wäre an die Grünen (31 Prozent) und die ÖVP (30 Prozent) gegangen. Die FPÖ müsste mit 4 Prozent um den Einzug ins Parlament zittern. (LH)

Foto: Archiv



FRAUEN VERDIENEN WENIGER

Weibliche Angestellte verdienen an Hochschulen durchschnittlich deutlich weniger als Männer. An der Uni Linz liegt das Gehalt von Professorinnen 10 Prozent unter dem ihrer Kollegen. Am 8. Oktober wurde in Österreich der Equal Pay Day abgehalten. Seit diesem Tag würden Frauen bis Ende des Jahres gratis arbeiten, hätten sie zuvor das gleiche Gehalt wie ihre männlichen Kollegen bekommen. (LH)

Grafik: Archiv



GÜNSTIG WOHNEN IM STUDIHEIM? WOHL NICHT!

Studierende der WU haben es bereits gemerkt: Am neuen Campus ist alles ein bisschen teurer. Es fängt beim 20 Cent-Zuschlag bei den Getränkeautomaten an und gipfelt bei den Zimmerpreisen des neuen StudentInnenwohnheims. Das Einzelapartment ist dort für 550,- pro Monat zu haben, plus Startkosten von über 1.500,- Euro. (LH)

dossier



Mehrsprachigkeit –

Wie Sprachen unser Leben bunter machen



Süpersexy, vui oag und urtoll

Über Sprachen sprechen

Während anderswo Mehrsprachigkeit selbstverständliches Resultat des Aufwachsens in mehrsprachigen Gemeinschaften ist, gilt es in Europa vor allem als Zeichen von Bildung und Weltoffenheit. Unsere Alltagsterminologie scheint dabei schon lange nicht mehr adäquat, um mit Sprachenvielfalt – vor allem unserer eigenen – umzugehen. Sind dir deine Fremdsprachen wirklich noch „fremd“? Spricht deine Mutter deine „Muttersprache“? Wie viele Sprachen hast du als „Erstsprache“ gelernt? Wie gebildet bist du in deiner „Bildungssprache“? Gilt dein Dialekt als „Zweitsprache“? Und wie kann Deutsch in Österreich die einzige „Landessprache“ sein, wenn die Menschen hier auch Türkisch, Serbisch, Kroatisch, Englisch, Bosnisch, Polnisch, Albanisch, Arabisch, Rumänisch, Italienisch, Persisch, Slowakisch, Slowenisch, Französisch, Tschechisch, Ungarisch, Romani und andere Sprachen sprechen? Dass wir über (diese) Sprachen sprechen, ist wichtig – wie wir über sie sprechen auch.

Akzente und Dialekte

„Woher hast du deinen Akzent?“ Diese Frage gestellt zu bekommen, ist manchen unangenehm bis peinlich, vor allem in einer „Fremdsprache“ – „Ich möchte doch wie ein_e Native klingen!“ Fakt ist: Jeder Mensch hat einen Akzent (das heißt eine gewisse Aussprache), ob Native oder nicht, und wir alle sprechen einen Dialekt (das heißt verwenden eine gewisse Grammatik und Lexik), ob nun „Standard“ oder nicht. Kein Akzent oder Dialekt ist an sich besser oder schlechter als andere, manche genießen allerdings ein höheres Ansehen. So wird z.B. ein französischer Akzent oft als sexy bezeichnet, während Akzente von slawischen Sprachen schnell als ungehobelt abgetan werden. Wer in der Vorlesung ein Meidlinger L hören lässt, wird als ungebildet empfunden, wer nach der Ski-Abfahrt ein Interview auf Kärntnerisch gibt, als volksverbunden bejubelt. Und wer hat nicht schon mindestens einmal im ewigen Kampf zwischen „ur“ und „vui“ mitdiskutiert? Dabei sollte für erfolgreiche Kommunikation nur eines zählen: verstanden zu werden.

A language is a dialect with an army and a navy.

Diese Definition von Sprache als „Dialekt mit Armee und Flotte“ (bekannt geworden durch den Linguisten Max Weinreich, der das Zitat von einem Seminar Teilnehmer aufschnappte) kann uns bewusst machen, dass es oft politische Hintergründe sind, die für die Unterteilung und Anerkennung von Sprachen entscheidend sind – und nicht etwa sprachhistorische, grammatische oder andere linguistische Aspekte. So gelten zum Beispiel Bosnisch, Kroatisch und Serbisch zurzeit trotz ihrer vielen Gemeinsamkeiten und gegenseitiger Verständlichkeit als jeweils eigene Sprachen, da Bosnien, Kroatien und Serbien als voneinander unabhängige Staaten mit eigener Identität verstanden werden. Hingegen werden unterschiedliche Sprachen, die im Raum China gesprochen werden und auf Basis linguistischer Merkmale ohne weiteres als verschiedene Sprachen bezeichnet werden können, oft als Dialekte einer einzigen Sprache „Chinesisch“ verstanden.

Europäischer Tag der Sprachen

Mehr als 200 Sprachen gelten als europäisch, die EU verwendet zurzeit 24 Sprachen als offizielle Amtssprachen und mehr als die Hälfte der in Europa lebenden Menschen geben an, in mehr als einer Sprache eine Konversation führen zu können. Vor dem Hintergrund dieser linguistischen Vielfalt wurde der 26. September vom Europarat zum „Europäischen Tag der Sprachen“ erklärt. An diesem Tag finden in vielen europäischen Ländern Veranstaltungen zum Thema Mehrsprachigkeit statt, die über die Sprachenvielfalt in Europa informieren und zum Sprachenlernen motivieren sollen – darunter gemeinsames Singen in mehreren Sprachen, Postkartenaustausch mit Menschen in anderen Ländern sowie „Speak-Dating“-Events und Online-Dialekt-Collagen. In Österreich wird an diesem Tag unter anderem die „Lange Nacht der Sprachen“ angeboten, in der Interessierte an verschiedenen Instituten in Sprachkurse schnuppern und sich Appetit aufs Sprachenlernen holen können.

Gebärdensprachen

Es gibt nur eine einzige Gebärdensprache und diese wird weltweit von allen Gebärdenden verstanden – das ist nur einer von vielen Mythen, die sich um Gebärdensprachen ranken. Tatsächlich sind Gebärdensprachen so vielfältig wie die Communities, in denen Menschen gebärdend kommunizieren. Aktuelle Schätzungen gehen von circa 200 aktiv verwendeten Gebärdensprachen aus, wobei zusätzlich, wie bei Lautsprachen, noch zahlreiche Gebärdendialekte unterschieden werden. Außerdem sind Gebärdensprachen in ihrer Grammatik nicht gezwungenermaßen den Lautsprachen ähnlich, mit denen sie oft assoziiert werden. Österreichische Gebärdensprache ist also nicht etwa „gebärdetes Deutsch“, sondern eine eigene Sprache, die von über 10.000 Menschen zur Kommunikation verwendet wird.

Übersetzen und Dolmetschen

Übersetzen und Dolmetschen ist in unserer mit der ganzen Welt verknüpften Gesellschaft so gefragt wie nie zuvor. Die meisten Übersetzungen werden aber von vielen gar nicht als solche wahrgenommen – oder fragst du dich, in welcher Sprache der Beipackzettel deines Medikaments ursprünglich geschrieben war? Dabei erfordern translatorische Tätigkeiten weitaus mehr als das bloße Beherrschen mehrerer Sprachen: Wer übersetzen und dolmetschen möchte, muss erkennen können, was sich hinter den Wörtern, Texten, Wertvorstellungen und sozialen Normen einer Gemeinschaft verbirgt und alle in einer gegebenen Kommunikationssituation relevanten Aspekte anderen verständlich machen. Das erfordert spezielles Expert_innenwissen, von dem eine hohe Sprachkompetenz und umfassende Kenntnisse kultureller Hintergründe nur Teile sind. In Österreich werden entsprechende Studiengänge in Wien, Graz und Innsbruck angeboten.

Es braucht ein radikales Umdenken

Mit der Sprachwissenschaftlerin Brigitta Busch hat Marlene Brüggemann über die Kosten der Einsprachigkeit, emotionales Spracherleben und Unterhaltungen mit Pflanzen diskutiert.

Brigitta Buschs Interesse an Fragen der Mehrsprachigkeit schlug bereits erste Wurzeln, als sie noch als Landwirtin in Kärnten lebte und Slowenisch lernte. Heute ist sie Professorin für angewandte Sprachwissenschaft an der Universität Wien und forscht derzeit über Zusammenhänge von Migration, Mehrsprachigkeit und traumatischem Erleben. Während sie auf der institutseigenen Terrasse ihre Finger über die harten Blätter eines Rosmarinstockes laufen lässt, eröffnet sie das Interview mit *progress* mit einem Bekenntnis zum Guerilla Gardening.

progress: Frau Busch, Sie sind Linguistin, aber auch gelernte Landwirtin – können Pflanzen sprechen?

Brigitta Busch: Ich spreche mit meinen Pflanzen – das tun viele Leute.

Warum eigentlich?

Im Zuge meiner Forschungsarbeit zu „Trauma – Mehrsprachigkeit – Resilienz“ habe ich erlebt, dass die Bedeutung der – wie Julia Kristeva es formuliert – semiotischen Dimension von Sprache, also der laut- und zeichenhaften Dimension, groß ist, wenn es darum geht, die eigenen Widerstandskräfte zu stärken. Das kann z.B. im Sprechen mit Pflanzen und Tieren passieren, im Sprachspiel oder im Anhören von Sprachen, die man nicht versteht. Also im Angesprochensein ohne direkt angesprochen zu werden.

Inwiefern ist Sprache auch von Nützlichkeit und Effizienz durchzogen? Bleibt da noch Platz für Poesie und persönlichen Ausdruck?

Die Dimension zwischen Funktionalität und Ausdruck der Sprache vernachlässigt die Sprachwissenschaft viel zu oft. Obwohl sie im Alltag eine größere Rolle spielt, als man auf den ersten Blick meint. Die Freude am semiotischen Ausdruck verliert sich nicht mit dem Kleinkindlallen, sie zieht sich durch das ganze Leben. Entgegen dem Trend, das Funktionale zu betonen, denke ich, dass das Nachdenken über eine semiotische Sprache die sprachwissenschaftliche Auseinandersetzung bereichert.

Wie kann so eine Bereicherung aussehen?

Für mich ist die Frage nach dem emotionalen und körperlichen Spracherleben zentral. Ich gehe davon aus, dass Sprache nicht nur etwas Kognitives ist, sondern, dass aufgrund meines Sprechens oder Schreibens auch emotionale Zuschreibungen und Einschätzungen stattfinden. Wenn ich eine Stimme am Telefon höre, beginnt ein Film zu laufen: weiblich oder männlich, gutgelaunt oder schlechtgelaunt, sympathisch oder weniger sympathisch, Dialekt oder Standardsprache. Das sind viele Ebenen und weitreichende Annahmen. Und das geschieht weitgehend unbewusst. Spracherleben ist ein komplexer Prozess aus Selbst- und Fremdwahrnehmung, der

mit vielen Emotionen verbunden ist. Mein Schwerpunkt auf leiblich-emotionales Spracherleben stellt eine Gegenbewegung zum Trend der Standardisierung und Normierung dar – und ist in meinen Augen kein marginales Thema, wenn man es unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass es so viele Menschen gibt, die unter sprachlicher Gewalt leiden.

Könnten Sie das genauer ausführen?

Es gibt Situationen, da stellt man sich Fragen wie: Wie werde ich wahrgenommen? Wird mein Akzent als defizitär gesehen? Da kann schon ein Schamgefühl auftauchen. Ich entspreche nicht der Norm, also schäme ich mich. Das bedeutet einen Rückzug auf sich selbst, eine Verschließung. Im Bildungsbereich kann das ungünstige Folgen haben. Zum Lernen brauche ich eine Öffnung hin zur Welt. Wenn sich eine belastende Situation ständig reproduziert, die Defizitzuschreibungen sich wiederholen und man sich selbst als ungenügend sieht, blockiert das Lernprozesse.

Stellt der Umgang unserer Universitäten mit Mehrsprachigkeit diesbezüglich nicht ein Negativbeispiel dar?

Von der Uni wünsche ich mir, dass eine Sprachenpolitik definiert wird, die die Sprachressourcen würdigt, die Lehrende und Studierende mitbringen. Durch die jetzige Sprachenpolitik an den Universitäten, die nicht viel dazu beiträgt, mitgebrachte Erstsprachen von Studierenden auszubauen, vergeben wir sehr viel wissenschaftliches Kapital. Wir schneiden uns dadurch von einem differenzierten internationalen Diskurs ab.

Wann sind Sprachenkompetenzen ein Vorteil, wann nicht?

Der entscheidende Punkt ist, welche Sprache man spricht. Ein Beispiel: Eine Frau aus dem Senegal schrieb in ihren Lebenslauf, dass sie Deutsch, Englisch und Spanisch beherrscht. Auf die Frage, warum sie nicht auch Wolof [Umgangssprache im Senegal, in Gambia und Mauretanien, Anm. d. Red.] angibt, antwortete sie: „Wenn ich Wolof dazuschreibe, weiß ich, dass ich abgestempelt werde.“ Probleme wie diese muss man wahrnehmen, weil Sprache als Merkmal für Diskriminierung missbraucht wird. Bei den Tests auf den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen sind vor allem MigrantInnen im Nachteil, da diese Tests hauptsächlich auf Deutschkompetenz aufgebaut sind. Selbst wenn das Ausmaß an Deutschkenntnissen für den geprüften Themenbereich nicht notwendig ist.

Wie werden Menschen gefördert, die sich nicht im klassischen Bildungssystem, also Schule oder Hochschule, bewegen?

Dafür ist kein Geld mehr zu haben, das wird zunehmend wegrationalisiert. Vor ein paar Jahren habe ich gemeinsam mit *Perigrina*, einer Beratungsstelle für MigrantInnen, Deutschkurse für Frauen mit posttraumatischem Syndrom entwickelt. Dieses erfolgreiche Konzept hätte eine ständige Einrichtung werden sollen. Es ist aber wegen der Kosten nur bei drei Durchgängen geblieben.



Foto: Alexander Götter

Ist das für einen Sozialstaat tragbar?

Es braucht ein radikales Umdenken. Die Kosten der Mehrsprachigkeit werden immer nur daran gemessen, wie teuer ein Kurs ist, aber es wird nie anders herum gedacht und gefragt, was man sich durch die Förderung von Vielsprachigkeit und Deutschkursen ersparen würde – gerade im Gesundheits- und Bildungsbereich. Wir sollten uns vielmehr über die Kosten der Einsprachigkeit unterhalten und uns nicht an einem monolingualen Habitus festklammern, der längst keiner Realität mehr entspricht. Da geht es nicht nur um Migration, sondern auch um berufliche Mobilität und internationale Kommunikation. Davon auszugehen, dass der Monolingualismus der Normalfall ist, ist vollkommen überholt.

Lesetipp: Busch, Brigitta: Mehrsprachigkeit. Wien Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 2013.

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.

Deutsch sitzt bei mir im Mund

Französisch im Bauch, Persisch im Herzen und Englisch im Kopf. Sprachenporträts machen gelebte Sprachenvielfalt sichtbar: Mit Farben zeichnen Menschen ihre Sprachen in eine Silhouette ein und veranschaulichen die eigene Mehrsprachigkeit. Vier (Wahl-)WienerInnen haben zu den Buntstiften gegriffen und erzählen ihre Geschichten. Ihre Zeichnungen hat Ulrike Krawagna zu Illustrationen verarbeitet.

„DANN ZUCKT DAS FRANZÖSISCHE WORT“ LUC (24)



„Meine ersten Schritte habe ich als Kind in der Schweiz gemacht. Ich bin in Zürich aufgewachsen, deshalb nimmt den unteren Beinbereich das Schweizerdeutsche ein. Es stellt das stützende Fundament für mein Sprachverständnis dar.

Vom Schritt bis zur oberen Brust ist für mich der französischsprachige Teil. Wahrscheinlich weil meine Mutter aus Frankreich ist. Bis sieben oder acht bin ich hauptsächlich französischsprachig aufgewachsen. Zum Französischen habe ich auch den emotionalsten Bezug. Wenn ich mich verbrenne, dann zuckt nicht nur der Schmerz in mir, sondern gleichzeitig auch das französische Wort. Außerdem ist das der sinnlichste Teil des menschlichen Körpers. Und schon ziemlich früh hatte ich die triviale Assoziation,

dass ein Großteil meines sinnlichen Lebensverständnisses auf französische Lebenswelten zurückgeht. Den Bereich von der oberen Brust bis zum Scheitel nimmt das Schriftdeutsche ein. Es wurde bei uns neben dem Französischen gesprochen, vor allem nachdem mein Vater, der aus Österreich stammt, mehr zuhause war.

Erst das Deutsche in Schriftform hat mir wirklich und endgültig eine Sprache eingehaucht, in der ich mich ausdrücken konnte. Das Französische habe ich schriftlich zu wenig beherrscht und das Schweizerdeutsche hatte zu viele Unzulänglichkeiten für mich. Durch das Lesen des Schriftdeutschen wurde eine Fülle an Gedanken und Spielereien freigesetzt. Wenn wir ganze Bücher in einer Sprache lesen, dann ist klar, dass gewisse Ho-

rizonterweiterungen untrennbar mit dieser Sprache verbunden sind.

Meine Zwillingsschwester und ich haben eine eigene Sprache: Schriftdeutsch in schweizerdeutschem Tonfall. Das ist so dieses Zwillingssding. So spreche ich nur mit meiner Schwester.

Der Schweiz den Rücken zu kehren, war doch eine Zäsur. Es hat mir gut getan, nicht auf das Schweizerdeutsche angewiesen zu sein. Aber ich entwickle wieder eine Affinität zu Zürich. Es tut mir gut, wenn ich in der Schnellbahn sitze und unter dem Fenster auf Französisch, Deutsch und Italienisch steht, dass man sich nicht hinauslehnen soll. Im Vergleich zu Wien ist Zürich wirklich ein sprachlich hybrider Raum. Das lerne ich jetzt, nach fünf Jahren, zu schätzen.“

„LIEBE UND MATHEMATIK SIND AUF RUSSISCH“ MASCHA (30)

„Die roten Stiefel stehen für das Russische. Das ist instinktiv so: Rot ist Russisch. Die Lederhose ist Österreichisch. Der Davidstern das Hebräische. Das Ferrari-Zeichen steht für Italien. Der Eiffelturm steht für Französisch. Und viel kleiner: English Tea, weil mein Englisch nur Schulenglisch ist.

Ich rede jeden Tag Deutsch. Ich lebe in Wien und bin eine russische Wienerin. Deshalb ist das Deutschsprachige ganz groß. Das Italienische wird klein gehalten. Ich rede zwar jeden Tag Italienisch, weil ich in einer Pizzeria arbeite, aber ich habe keine italienischen Wurzeln.

Geboren wurde ich in Tashkent, in der damaligen UdSSR. Die Staatssprache war Russisch. Und meine Eltern waren beide Russen. Nach dem Zusammen-

bruch der UdSSR, da war ich sechs, sind wir ausgewandert. Mein Papa ist Jude, deshalb sind wir nach Israel gegangen. An meinem ersten Tag in der Schule in Israel hat man mich einfach in die Klasse gesetzt und gesagt: Jetzt lernst du was. Ich habe – eigentlich wie eine Idiotin – einfach abgeschrieben, was auf der Tafel stand. Und diese Zeichen haben für mich überhaupt keinen Sinn ergeben. Ich habe das von links nach rechts abgeschrieben, bis mich ein Mitschüler gefragt hat, was ich da mache. Das ist mir fest in Erinnerung geblieben. Das Russische habe ich in Israel mehr oder weniger vergessen. Alles war auf Hebräisch. Sogar mit meiner Mama habe ich nur Hebräisch geredet, auch wenn sie mir auf Russisch geantwortet hat. Mittlerweile habe ich das Hebräische ziemlich verlernt. Schreiben und Lesen

kann ich kaum noch, obwohl ich auch in Israel alphabetisiert worden bin.

Nach vier Jahren in Israel sind wir nach Wien gekommen. Als ich hier in die Schule gekommen bin, konnte ich kein Deutsch und Hebräisch hat niemand mit mir gesprochen – also was blieb übrig? Russisch! Meine damals beste Freundin war Russin. In der Schule sind wir immer nebeneinander gesessen. Wenn wir nicht nach Österreich gegangen wären, hätte ich viel von meinem Russisch vergessen. Jetzt spreche ich andauernd Russisch. Ich habe fast nur russische FreundInnen. Russisch ist die emotionalste Sprache für mich. Wenn ich schimpfe, schimpfe ich auf Russisch. Alles, was mein Herz betrifft, Liebe und Mathematik ist auf Russisch. Und meine Kinder werde ich auf jeden Fall auf Russisch großziehen.“





„ES WAR GAR NICHT KOMISCH, DIE SPRACHE ZU WECHSELN“ KATARINA (28)

„Schwedisch ist meine Muttersprache. Schwedisch sitzt bei mir im Bauch, es kommt automatisch. Meine Zweitsprache ist Deutsch. Das sitzt bei mir im Mund. Manchmal muss ich darüber nachdenken, aber eigentlich kommt es einfach so raus. Englisch ist meine Drittsprache. Ich bin sehr gut in Englisch, habe es lange in der Schule gelernt, aber es ist für mich nicht so emotional. Weil ich manchmal länger nach den Worten suchen muss, sitzt es bei mir im Hirn.“

Spanisch liegt im Herzen. Es ist eine Sprache, die ich gerne lernen würde. Auf meinem Weg in die Schule saß jeden Tag vor mir im Bus ein chilenisches Pärchen. Die haben auf Spanisch miteinander gesprochen und das klang immer so schön.

Bei einem Schüleraustausch in Frankfurt an der Oder habe ich meinen

Freund kennengelernt. Wegen ihm bin ich mit 19 nach Berlin gezogen. Ich habe dort einen viermonatigen Sprachkurs gemacht, da habe ich dann wirklich Deutsch gelernt. Unsere erste gemeinsame Sprache war Englisch. Aber nach drei Wochen hat es klick gemacht und wir haben nur noch Deutsch gesprochen. Es war gar nicht komisch, die Sprache zu wechseln, wir haben nicht darüber nachgedacht, es war einfach so. In Berlin habe ich zwei Jahre bei Ikea gearbeitet. Dort habe ich dann das Berlinerische gelernt und nach ein paar Wochen selber zum „Berlinern“ angefangen. Genau so war es in Wien: Wienerisch habe ich am Anfang auch nicht verstanden und jetzt spreche ich ein bisschen Dialekt.

Wenn mein Freund und ich uns am Anfang gestritten haben, war das schlimm. Beim Streiten habe ich es

als Problem empfunden, dass ich die Sprache schlechter beherrsche als er. Heute denke ich nicht mehr darüber nach, ob ich Deutsch oder Schwedisch spreche. Deshalb fühle ich mich auch nicht unterlegen. Ich glaube, ich kann viele Sachen auf Deutsch, die ich auf Schwedisch nicht kann. Eben weil ich mein ganzes Studium in deutschsprachigen Ländern gemacht habe.

Schwedisch spreche ich nur alle zwei bis drei Wochen, wenn ich mit meiner Familie telefoniere. Aber ich lese regelmäßig schwedische Tageszeitungen im Internet. Das hält es ein bisschen lebendig. Manchmal wäre es schön, ein bisschen mehr Schwedisch zu sprechen oder zu hören. Ich habe aber nicht vor dorthin zurückzukehren. Ich habe mich so eingelebt in der deutschsprachigen Welt, ich fühle mich nicht mehr wirklich zuhause in Schweden.“

„MEINE VIELEN SPRACHEN SIND MEINE GEHEIMWAFFE“ ARZI (18)

„Aus der Ferne glauben die Leute, ich sei Österreicherin. Wenn sie näher kommen, denken sie, ich bin Albanerin. Und wenn sie noch näher kommen, glauben sie, dass ich Türkin bin. Deshalb habe ich diese Sprachen im Gesicht eingezeichnet.“

Mein Vater ist Türke, meine Mutter Perserin. Ich bin in Wien geboren und aufgewachsen. In der Brust, also beim Herzen, ist das Persische. Wenn ich denke oder mit mir selber rede, dann tue ich das oft auf Persisch. Weil meine Mutter mit mir als Kind immer Persisch geredet hat, und das geht direkt da hinein. Wenn mein Vater noch da wäre und mit mir reden würde, wäre das vielleicht anders. Mein Vater hat mit mir Türkisch gesprochen. Seit ein paar Jahren sind meine Eltern geschieden. Zu meinem Vater habe ich keinen Kontakt mehr. Nach der Trennung wollte ich eine Zeit lang gar kein Türkisch sprechen, bis ich in der Volksschule türkische Freunde bekommen habe. Da habe ich wieder angefangen, Türkisch

zu reden. Aber zuhause natürlich gar nicht mehr. Nur mit meinem Bruder, mit ihm spreche ich Türkisch, Persisch und Deutsch. Alles gemischt. Das ist so etwas wie eine Geheimsprache, das kann ich nur mit ihm machen.

Bis zu meinem sechsten Lebensjahr konnte ich kaum sprechen. Als ich mit sechs in den Kindergarten gekommen bin, habe ich dort zu sprechen angefangen. Das war auch das erste Mal, dass ich mehr mit Deutsch in Kontakt gekommen bin. Am Anfang war das schwierig für mich. Ich war sehr zurückgezogen. Aber dann bin ich lockerer geworden, habe Freunde gefunden. Ich denke, dass man mit Deutsch mehr erreichen kann, als mit den anderen Sprachen. Und nachdem ich hier geboren bin, habe ich in Wien eher ein Heimatgefühl als im Iran oder in der Türkei. Trotzdem fühle ich mich überall wie eine Ausländerin.

Das Arabische habe ich in der Bauchgegend eingezeichnet, weil ich

orientalischen Bauchtanz mache und viele Freunde aus dem arabischen Raum habe. Mit ihnen spreche ich Deutsch, aber ich benutze viele arabische Ausdrücke. Das Englische ist in den Armen, weil ich Hip Hop tanze. Hip Hop-Bewegungen werden mit den Beinen und den Armen gemacht. Ehrlich gesagt, hasse ich Englisch, aber im Hip Hop klingt es super geil. Im linken Bein ist das Spanische, weil ich Salsa tanze. Das Indische sitzt im rechten Bein, das kommt vom Bollywood-Tanzen.

Ich kann die Leute ausspionieren, weil ich so viele Sprachen spreche. Und die merken das nicht einmal. Mein Zukünftiger soll auch so viele Sprachen können wie ich. Sonst würde er ja vor Eifersucht platzen. Meine vielen Sprachen sind meine Geheimwaffe. Eine meiner Geheimwaffen.“

Sara Schausberger hat Germanistik in Wien studiert.





Ich heiße Hallo!

Dass Mehrsprachigkeit eine Bereicherung und kein Grund zum Schämen ist, hat eine Volksschule in Wien Brigittenau erkannt. In der Europaschule können Kinder neben Deutsch, Englisch und ihrer Muttersprache 15 verschiedene Sprachen lernen.

Die Türe zur Schule ist noch verschlossen. Die Pädagogin Monika Kerschbaumer steht im Eingangsbereich der Europaschule in Brigittenau und empfängt SprachlehrerInnen für Chinesisch, Arabisch oder Tschetschenisch, die nach und nach eintrudeln und im kommenden Jahr die Sprachenworkshops an der Volksschule halten werden. Beim Eintreffen der LehrerInnen gibt es fast dieselbe Wiedersehensfreude wie bei den Kindern nach den Sommerferien. Viel Zeit zum Reden bleibt nicht: Die Workshops beginnen bald, alle sind ein bisschen aufgeregt. Über Kerschbaumer prangt auf einer Regenbogenfarbenwand stolz der Leitspruch der Schule: „Alle Kinder der Welt sind unsere Kinder.“ Hinter ihr wuseln die angehenden WeltenbürgerInnen noch schnell die Treppen auf und ab, die Zeit zwischen gemeinsamem Frühstück in der Schule und dem Unterrichtsbeginn wird genutzt, um Energieüberschüsse loszuwerden. Dazwischen tummeln sich interessierte Eltern mit ihren Kindergartenkindern und die neuen SprachlehrerInnen werden zu ihren Klassen gelotst.

Kerschbaumer ist gemeinsam mit drei anderen Kolleginnen für das Projekt „Sprachenkarussell“ zuständig. Das Sprachenkarussell soll Sprachenvielfalt fördern und vor allem das Interesse der SchülerInnen wecken: Bis zu 15 Sprachen hat die Schule im Rahmen des Karussells im Angebot. „Die Kinder wählen am Anfang des Jahres eine Sprache aus, die allerdings nicht ihre Muttersprache sein darf.

Dann haben sie die Möglichkeit, diese Sprache ein Jahr lang kennenzulernen“, erklärt Kerschbaumer. Die meisten SprachlehrerInnen kommen aus dem eigenen Lehrkörper. Nur wenige Sprachen werden von externen Lehrenden unterrichtet, zum Beispiel Arabisch oder Chinesisch. Vor fünf Jahren wurde das Projekt erstmals durchgeführt, anfangs noch in allen Schulstufen. Mittlerweile können die ZweitklässlerInnen freiwillig teilnehmen, für die dritten und vierten Klassen ist die Teilnahme am Karussell Pflicht.

SPRACHENSCHNUPPERN. Heute dürfen die Kinder in drei verschiedenen Workshops in jeweils eine Sprache hineinschnuppern, bevor sie sich für den Rest des Schuljahres auf eine festlegen. Im Klassenraum von Gabi Lener findet der Spanischunterricht statt. Lener ist neben Kerschbaumer Teil des Sprachenkarussell-Teams und gleichzeitig Klassenvorständin der 3C.

Rund zehn Kinder haben sich heute für die Spanischgruppe entschieden. Auf dem großen, bunten Teppich im hinteren Teil des Klassenzimmers sitzen die Kinder in einem Kreis und starren auf die Zettel, die die Lehrerin hochhält. Lange zuhören, sich berieseln lassen oder gar stumpfsinnig von der Tafel abschreiben gibt es hier aber nicht. Es geht vor allem darum, die Sprache kennen zu lernen und miteinander zu reden. „Emily, schmeiß mal den Würfel und frag ihn, wie er heißt!“ „¿Como te ... llamas?“,

sprudelt sie hervor. „Soy Achmed“, erwidert ihr Kollege. „¿Como te llamas?“, fragt die Lehrerin ein schüchternes blondes Mädchen, das neben Achmed sitzt. „Soy Ola“, sagt die Kleine. „Ich heiße Hallo?!“, sagt die Lehrerin darauf. „Sie heißt auf Polnisch Ola!“, belehrt ein Klassenkamerad die Lehrerin. Hier lernt jede von jedem. Zurück bei den Zetteln: „Was ist da dabei, das ihr nicht kennt?“ – Die Kinder antworten: „Das komische Fragezeichen!“

Die Schule befindet sich in der Brigittenau, einem Bezirk, der für viele einen „Integrationsbrennpunkt“ in Wien darstellt. Für zahlreiche SchülerInnen ist die Umgangssprache zuhause eine andere als Deutsch. Von den 370 SchülerInnen der Schule haben 85 Prozent eine andere Erstsprache und beherrschen somit mindestens zwei Sprachen. „Unser oberstes Ziel ist es, dass Sprachen wie Albanisch, Ungarisch oder Polnisch mit den sogenannten Prestigesprachen wie Spanisch, Französisch oder Italienisch gleichgestellt werden. Eigentlich stehen uns diese Sprachen auch näher als viele andere“, erklärt Kerschbaumer. Die meisten Kinder an der Schule haben Bosnisch, Kroatisch oder Serbisch (Sprachfamilie „BKS“, Anm. der Red.) als Muttersprache, gefolgt von Türkisch. Schon jetzt haben 60 Prozent aller Zweijährigen in Wien eine andere Erst- oder Familiensprache als Deutsch. Anstatt dieses Potential zu nutzen, lernen die Kinder in der Regel aber eher ihre zweite Sprache zu verstecken.



Fotos: Johanna Rauch

RAPPEN AUF ROMANI. Die Idee des Sprachenkarussells entstand in einer ehemaligen Klasse Leners, in der 100 Prozent der Kinder eine andere Muttersprache als Deutsch hatten. „Natürlich konnten die alle gut Deutsch, weil sie ja vorher im Kindergarten waren, aber sie hatten viele Sprachkompetenzen. Und da sind die Kinder auf die Idee gekommen: Man könnte doch auch die Sprachen der anderen lernen!“ Daraufhin haben die Verantwortlichen der Europaschule begonnen, Sprachkurse zu organisieren. Anfangs waren vor allem die klassischen Fremdsprachen gefragt. Mit der Zeit hat sich das aber geändert. „Viele unserer LehrerInnen unterrichten im Sprachkarussell und verkörpern dadurch bestimmte Sprachen, wodurch sich deren Stellenwert geändert hat.“ Beobachten konnten die LehrerInnen dies zum Beispiel beim oft stigmatisierten Romani: „Vor Jahren haben wir die Kinder gefragt, wer zuhause Romani spricht, und es hat niemand aufgezeigt. Aber dann hatten wir einen Rapper zu Gast, der Workshops auf Romani gehalten hat. Dann waren es auf einmal viel mehr.“ Jetzt ist Romani eine beliebte Wahl unter den Kindern. Die Romanilehrerin ist außerdem Musikerin und arbeitet auch mit Harri Stojka zusammen. „Den kennen die Kinder und finden ihn toll“, erzählt sie. Mit diesem Angebot kann die Schule auch der sozialen Ausgrenzung, welcher MigrantInnen oft ausgesetzt sind, entgegenwirken: „Das ist dann nicht mehr nur die Ausländersprache, sondern ein Unterrichtsfach – und etwas wert.“

Nach einer knappen Stunde haben alle Kinder den Workshop gewechselt. Im EDV-Raum lernen die Kinder Urdu von einer Lehrerin, die zuvor selbst Schülerin an der Europaschule war: im *Mama-lernt-Deutsch*-Kurs. „Fällt euch etwas auf beim Schreiben?“, fragt Kerschbaumer, die im Urdu-Kurs assistiert. „Das geht von rechts nach links!“, sind sich hier die Kinder einig. Nebenan lernen die Kinder in der 4A Iwrit – Neu-Hebräisch. Ein paar Türen weiter können die Kinder bereits nach ein paar Minuten auf Romani bis zehn zählen. „Jekh, duj, trin, štar, pandž ...“, geht es reihum. Ein „Perfekt!“, ernten die SchülerInnen dafür von ihrer Lehrerin.

Natürlich gibt es auch abseits des klassischen Fremdsprachenkanons unterschiedliche Prestigegrade unter den Sprachen, diese aber lassen vor allem die Kinder noch eher unberührt – sobald es positive Identifikationsfiguren in der Schule gibt. „Was ich schade finde, ist, dass wir bisher noch keine Auseinandersetzung damit hatten, dass sowohl Hebräisch als auch Romani zwei Sprachen von Opfergruppen des Nationalsozialismus sind. Das wurde von den beiden Lehrerinnen zwar schon einmal angesprochen, die Diskussion dazu fehlt aber noch“, sagt Lener.

Neben dem vielfältigen Fremdsprachenunterricht des Sprachkarussells wird den SchülerInnen der Europaschule auch muttersprachlicher Unterricht angeboten. Abgesehen von Elitegymnasien mit Prestigesprachförderung sucht man solche Angebote sonst oft vergeblich. Tatjana Tišler, deren eigene Muttersprache Kroatisch ist, unterrichtet BKS an der Europaschule und hat damit die größte Gruppe in muttersprachlichem Unterricht an der Schule zu betreuen. Der Muttersprachenunterricht ist in den Regelunterricht integriert. „Wenn ich mit meinen Kindern in kleinen Gruppen lerne, ist der Unterricht so geplant, dass sie nichts versäumen.“ Rund 160 Kinder an der Schule sprechen BKS. Neben der schulischen Vermittlung sieht Tišler ihre Aufgabe auch darin, die Eltern zu ermutigen, mit den Kindern die Muttersprache zu sprechen: „Deutsch lernen sie sowieso in der Schule.“

Wie passt das nun mit der Diktion „Deutsch vor Schuleintritt“ oder gar einem Deutsch-Gebot, das an vielen Schulen existiert, zusammen? „Das halte ich beides für ein absolutes Unding“, stellt Lener klar. Wer sich für eine Schule anmeldet, müsse sowieso andere soziale Skills vorweisen, und wer wirklich noch kein Deutsch spreche, könne sich das sehr schnell in der Schule aneignen. „Wenn SchülerInnen während des Unterrichts eine andere Sprache als Deutsch sprechen, haben die kein Geheimsystem, sondern verstehen etwas nicht und kommunizieren darüber, wie man das Problem lösen kann. Das sagen auch alle Studien.“

SCHULDEMOKRATIE. Neben der Sprachförderung setzt die Europaschule auch auf demokratische Mitgestaltung durch die Eltern, aber auch durch die SchülerInnen. Einige Eltern sind außerdem durch die Sprachkurse in die Schule eingebunden: Sie unterrichten selbst oder fungieren als AssistentInnen. Nebenbei kooperiert die Schule auch mit der MA17 des Integrationshauses Wien und deren Projekt *Mama lernt Deutsch*. „Das ist ja ein furchtbar ungeschickter Name. Aber die Frauen kommen trotzdem“, lacht Lener und wünscht sich in Zukunft eine noch bessere Einbindung der Eltern.

Mittlerweile sind die Kinder bei der letzten Station für heute angekommen. Im 1. Stock stehen zehn Kinder aufgereiht vor der Klasse. Im Französischunterricht gibt es nämlich dieses Mal eine Modenschau. Unter Kichern drucksen ein paar Kinder ein „Beau!“ oder „Joli!“ hervor. Das Publikum drinnen bewertet die Models – Mädels und Burschen – mit den neu gelernten Adjektiven. Einen Stock unterhalb lernen die Kinder die neue Chinesischlehrerin kennen, die ihre SchülerInnen auf ein Spiel mit Zahlen vorbereitet. Aber die Zahlen scheinen noch nicht so gut zu sitzen. Also: „Noch einmal von vorne!“

Die Preise und Auszeichnungen, die die Europaschule bisher erhalten hat, scheinen ihr Recht zu geben: In jedem Stock hängen Plakate, die Zeugnisse ihres Erfolgs darstellen. Preisträgerin der SozialMarie, Auszeichnung des Kompetenzzentrums für schulische Tagesbetreuung des BMUKK, equal education Socrates Qualitätssiegel und das Europasiegel für innovative Sprachprojekte sind nur wenige davon. „In meiner letzten Klasse waren drei blitzgescheite Buben mit türkischer Muttersprache, die haben sich zum Abschluss T-Shirts gedruckt“, erzählt Lener: „Auf denen stand: Bizde size alistik, sizde bize alışın – Wir haben uns an euch gewöhnt, gewöhnt euch auch an uns.“

Vanessa Gaigg studiert Philosophie an der Uni Wien.

Von Eichhörnchen und Igel – Mehrsprachigkeit in Luxemburg

Luxemburg hat drei offizielle Sprachen: Luxemburgisch, Deutsch und Französisch. Ihr Gebrauch ist nicht, wie etwa in der Schweiz oder in Belgien, regional begrenzt, sondern hängt sehr stark von den Sprechenden und dem jeweiligen Kontext ab. Luxemburgisch ist eine stark mit dem Deutschen verwandte Ausbausprache, das heißt eine sich momentan weiterentwickelnde Sprache, die aus einem moselfränkischen Dialekt entstanden ist. Deutschsprachige verstehen Luxemburgisch zwar zum Teil, aber spätestens bei Sätzen wie „d' Kaweechelchen an de Kéiseker frupse Quetschegebeess“ (Das Eichhörnchen und der Igel füttern Powidl.) müssen sie passen. Seit 1984 hat Luxemburg ein eigenes Sprachengesetz, in dem Luxemburgisch als Nationalsprache definiert und neben Deutsch und Französisch als Amtssprache eingeführt wurde. Der Text des Gesetzes ist dabei – wie alle luxemburgischen Gesetze – auf Französisch verfasst.

Neben den Amtssprachen werden in Luxemburg aber auch noch andere Sprachen gesprochen: 45 Prozent der Bevölkerung besitzt keinen luxemburgischen Pass und stammt zum Großteil aus Portugal, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland. Zur Sprachenvielfalt tragen außerdem die vielen europäischen Institutionen, wie etwa der Europäische Gerichtshof oder das Sekretariat des Europäischen Parlaments bei, die vor allem in der Hauptstadt Englisch zu einer viel verwendeten Sprache gemacht haben. Aber nicht alle Sprachen sind gleich gut angesehen.

SEGREGIERENDE SCHULE. „Wir sind uns alle einig, dass wir an der Art und Weise, wie Französisch unterrichtet wird, etwas ändern müssen, aber wie, weiß niemand so genau“, schreibt eine Studierende als Kommentar auf einen Artikel mit der Überschrift „Luxemburger Schüler hassen Französisch“ auf Facebook. Das Schulsystem

Neben Banken und Tankstellen ist Luxemburg bekannt für seine mehrsprachigen Einwohner_innen, sprechen doch die meisten von ihnen drei bis vier Sprachen. Ist das Großherzogtum ein Eldorado der Vielsprachigkeit?

ist derzeit auf Luxemburger_innen ausgerichtet, die Luxemburgisch als Erstsprache sprechen und durch den alltäglichen Medienkonsum auch Deutsch verstehen. Die Alphabetisierung auf Deutsch stellt für sie somit kein großes Problem dar. Dies trifft auf 48 Prozent der Schüler_innen zu. Mehr als die Hälfte hat jedoch Luxemburgisch nicht als Erstsprache, bei einem Viertel ist es Portugiesisch. Schüler_innen beenden mit zwölf Jahren die Volksschule mit dem Wechsel auf *Lycée classique* (Gymnasium/AHS) oder *Lycée technique* (Hauptschule). Da in der Volksschule alle Fächer auf Deutsch unterrichtet werden, haben es nicht-luxemburgische Schüler_innen dort schwerer als ihre Kolleg_innen. Aufgrund schlechterer Noten werden sie dann aufs *Lycée technique* geschickt. Dort ist Deutsch meistens bis zum Abschluss die Unterrichtssprache, während im *Lycée classique* mit ungefähr 16 Jahren auf Französisch gewechselt wird. Die Folge: Der Großteil der Nicht-Luxemburger_innen hat in vielen Fällen nie die Chance, eine Hochschule zu besuchen, da sie nur wegen ihrer Deutschkenntnisse mit zwölf nicht die Möglichkeit erhalten, den Weg Richtung Hochschulreife einzuschlagen.

SYMBOL DER NATION. Luxemburgisch als Schriftsprache wird kaum unterrichtet, oft wird im Luxemburgischunterricht nur gelesen. Dabei war Luxemburgisch noch nie so beliebt wie heute. Luxemburgischkurse sind regelmäßig ausgebucht, durch soziale Medien wurde auch der schriftliche Gebrauch wieder angekurbelt und eine

beliebte spell-checker-App lässt nachholen, was in der Schule versäumt wurde. Die sehr junge Universität Luxemburg bietet seit einigen Jahren einen Master in Luxemburgistik an und forscht aktiv zur Entwicklung der Sprache und zur Mehrsprachigkeit im Großherzogtum.

Bei einer Diskussionssendung im Fernsehen zu den Parlamentswahlen Ende Oktober waren sich alle Parteien einig, dass Luxemburgisch bereits in der Vorschule und im Kindergarten gelehrt werden sollte. Bei der Frage, auf welcher Sprache alphabetisiert werden soll, scheiden sich jedoch die Geister.

Sprachen wird meistens eine verbindende Wirkung zugesagt, aber gerade Luxemburgisch wird von rechten Politiker_innen gerne als kostbares, aber bedrohtes Symbol der nationalen Identität gesehen, das vehement verteidigt werden muss. Ausdruck davon sind etwa die heftigen Forderungen nach luxemburgischsprachigem Servicepersonal, denn viele der vermeintlich polyglotten Luxemburger_innen sind nicht bereit, ihr Croissant auf Französisch zu bestellen.

KOMPLEXE DREISPRACHIGKEIT.

Der Umgang mit den beiden „offiziellen Fremdsprachen“ Deutsch und Französisch ist komplex: Die Bedeutung des Deutschen sank, etwa in der Verwaltung, nach dem Zweiten Weltkrieg rapide, der Ruf des Französischen als Bildungssprache der bürgerlichen, urbanen Gesellschaft war besser. Deutsch blieb als Schriftsprache, insbesondere in der Presse,

erhalten, während Einladungen und Briefe an Behörden auf Französisch verfasst werden. Allerdings werden etwa Todes- oder Hochzeitsanzeigen in Zeitungen eher auf Luxemburgisch verfasst, weil sie so persönlicher wirken. Die drei Sprachen sind eigenen Sphären zugeordnet, wobei sich die Verwendung gerade durch das Internet und den erhöhten schriftlichen Gebrauch von Luxemburgisch ändert. Für das Wechseln der Sprache, gerade bei Unterhaltungen, muss allerdings ein konkreter Grund vorhanden sein, etwa die Anwesenheit einer Person, die des Luxemburgischen nicht mächtig ist.

Menschen, die im Alltag oft die Sprache wechseln müssen, sind da Ausnahmen. Sie neigen sogar oft zu Sprachwechseln innerhalb eines Satzes. Gaston Vogel, bekannter Strafverteidiger in Luxemburg, zieht einen Teil seiner Beliebtheit bei Medienvertreter_innen daraus, dass er seine mit französischen Begriffen ausgeschmückten Sätze mit vulgären luxemburgischen Phrasen unterbricht. „Dat ass mir esou schäissegal, wéi dat mir nëmme schäissegal ka sinn. Ech affrontéieren déi Citatioun mat vill Heiterkeit (Das ist mir so scheißegal, wie es mir nur scheißegal sein kann. Ich begegne dieser Zitation mit viel Heiterkeit)“, antwortete er Ende September auf eine Verleumdungsklage gegen ihn.

Junge luxemburgische Blogger_innen sehen sich mit ihrer Sprachenvielfalt in einer Zwickmühle. Eigentlich wäre es „schäissegal“, welche Sprache sie benutzen: Mit Deutsch, Französisch oder Englisch erreichen sie tendenziell mehr Menschen, aber andererseits: „Wer sollte auf Luxemburgisch schreiben, wenn nicht wir?“

Joël Adami stammt aus Luxemburg und studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

FEUILLETON





Foto: RLF

Die designte Revolte

Gibt es ein richtiges Leben im falschen? Nein – aber ein besseres, glaubt der Design-Professor und Gründer des Berliner Polit-Kunst-Experiments „RLF“ Friedrich von Borries. Mit Überaffirmation will er den Kapitalismus umstürzen. Sein Roman liefert dabei den Entstehungsmythos zur Bewegung. Jakob Falkinger hat das Buch gelesen und den Autor zum Interview gebeten.

Dass etwas grundlegend mit dem Lauf der Dinge auf unserem Planeten nicht stimmt, dessen sind sich wohl viele bewusst. Doch was kann gegen diesen allgemeinen Unmut und die Angst vor Veränderung getan werden? Manche entscheiden von nun an, im Bioladen ihr Joghurt zu kaufen, oder fahren mit dem Rad ins Büro. Manche besetzen öffentliche Plätze und Gebäude, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Andere wiederum treten einer Partei bei, um sich wählen zu lassen. Und wieder andere schreiben ein Buch.

Das hat auch Friedrich von Borries, Professor für Designtheorie aus Hamburg, getan. In seinem zweiten Roman – mit dem an ein berühmtes Adorno-Zitat angelehnten Titel „RLF – Das richtige Leben im falschen“ – erzählt er die Geschichte des von Geltungssucht und Ehrgeiz getriebenen Werbers Jan, der nach einem Schlüsselerlebnis beschließt, den Kapitalismus bekämpfen zu müssen. Also begibt er sich auf die

Suche nach der Antwort auf die Frage „Wie?“. Er fährt nach New York zu *Occupy Wall Street*, trifft sich mit AktivistInnen verschiedenster Gruppierungen, interviewt TheoretikerInnen und KünstlerInnen und hängt schließlich seinen Job bei einer erfolgreichen Werbeagentur an den Haken, um sich ganz dem Sturz des Systems zu widmen. Um das Ganze nicht allzu geradlinig zu gestalten, lässt der Autor seinen egozentrischen Protagonisten ein Leben auf der vielbemühnten Überholspur führen – Hauptbeschäftigung neben Sex und Drogen ist hier das Erfolgreichsein. Dem Autor zufolge repräsentiert der Protagonist „eine Haltung, die viele heute quält; zu wissen, dass wir uns falsch verhalten, aber sich nicht zu trauen, alles aufzugeben“.

KEINE ANGST! Genau hier, beim Thema Angst, will die Bewegung „RLF“ den Grundkurs des Buches fortsetzen. So heißt es auf der RLF-Website in großen Lettern: „Show you are not afraid!“ – Zeig, dass du keine

Angst hast! Wie das funktionieren soll, darauf weiß auch von Borries im *progress*-Interview keine genaue Antwort, zumal es sich einerseits bei RLF um ein Experiment mit unsicherem Ausgang handelt. Andererseits scheint es so, als wäre das Projekt RLF auf eine besonders privilegierte Zielgruppe mit viel (kulturellem und sozialem) Kapital ausgerichtet, die sich die teuren, auf der Website feilgebotenen Designer-Produkte leisten kann und so zum „Shareholder der Revolution“ wird. Zeigen zu können, dass man keine Angst hat, hängt also irgendwie doch mit dem Kontostand oder dem Umfang der privaten Kunstsammlung zusammen. Und doch meint der Autor, dass das ganz individuelle Probleme seien: „Ich und die Menschen, die die Bewegung RLF tragen, glauben, dass es Angst ist. Angst vor sich selbst, Angst vor Veränderung, Angst vor dem Scheitern. Das gilt es zu überwinden.“

KEINE NEUE DIAGNOSE. Doch wie soll jetzt der Kapitalismus überwunden

werden? Und was kommt danach? Dem RLF-Manifest zufolge sind die gegenwärtigen repräsentativen Demokratien allesamt bloße Fassaden, die den Blick auf die totale Kommerzialisierung aller Lebensvollzüge verstellen. Jede Form von Widerstand gegen diese Tendenzen wird früher oder später vom System inkorporiert und somit unschädlich gemacht. Diese Diagnose ist aber beim besten Willen nicht neu. Für von Borries und seine RLF-Propagandaabteilung heißt der Ausweg aus dieser verworrenen Situation jedoch nicht einfach Ablehnung und Ausstieg, sondern Subversion – der Kapitalismus soll mit seinen eigenen Mitteln geschlagen werden. Wesentliche Mechanismen wie Ausbeutung und Konkurrenz müssten dieser Logik folgend weiterhin reproduziert, ja sogar bis zum Exzess „überreproduziert werden“. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, der uns den Weg in die befreite Gesellschaft ebnet?

Der Autor Jakob Falkinger studiert Philosophie in Wien.

„RLF IST EIN AUFKLÄRERISCHES PROJEKT“

RLF-Gründer Friedrich von Borries im Interview.

progress: Ihr Experiment will das richtige Leben im falschen ausloten. Mit welchen Mitteln wollen Sie das schaffen?

Friedrich von Borries: Die „Bewegung“ ist die Fortsetzung der Literatur mit anderen Mitteln. Im Moment suchen wir über unsere Webplattform Mitstreiter. Es geht um die Frage, wie politischer Protest heute aussehen kann. Wir sind gespannt auf alle, die mitmachen. Ich persönlich glaube übrigens nicht, dass es ein richtiges Leben im falschen gibt, ich halte es da wie Harald Welzer, der vom „richtigeren“ Leben spricht.

Wo steht RLF politisch? Handelt es sich um ein linkes Projekt?

Vieles, was bei uns links ist, ist im globalen Kontext konservativ. Große Teile der Öko-Bewegung, aber auch der Protestbewegungen sind zutiefst bürgerlich und gehören zur akademischen Mittelschicht.

Die Zuschreibungen funktionieren nicht mehr. Ich würde sagen, dass RLF ein anti-kapitalistisches und ein aufklärerisches Projekt ist.

In Ihrem Buch gewinnt man einen Einblick in die Methoden und Vorgehensweisen eines Werbeprofis. Würden Sie sagen, dass sich gesellschaftliche Veränderungen outsourcen lassen – dass etwa Werbeagenturen und Designbüros Streiks organisieren und den Betroffenen diese Arbeit abnehmen?

Das ist ja bereits so. *Occupy Wall Street* wurde von einem Werbeprofi ins Leben gerufen. Die osteuropäischen Protestbewegungen von *Otpor!* bis zu *Femen* haben sich die Mechanismen des Marketings genau angesehen und für ihre Zwecke eingesetzt.

Warum diese beinahe verbissen wirkende Workaholic-Mentalität, verkörpert durch den Protagonisten

Jan, die sich durch das Buch zieht? Anders gefragt: Wenn die Methode „Kapitalismus durch Überaffirmation“ lautet, dann heißt das auch, diejenigen Mechanismen des Kapitalismus zu reproduzieren, die es abzuschaffen gilt?

Natürlich müssen wir die Mechanismen des Kapitalismus abschaffen – aber das Totalitäre des Kapitalismus ist, dass nicht nur wir Teil des Kapitalismus sind, sondern der Kapitalismus auch Teil von uns. Ich glaube, dass das auch das ist, wovor wir Angst haben. Insofern bildet die Workaholic-Mentalität der Protagonisten von RLF, wie Sie es nennen, die Realität ab, in der wir leben. Und keiner hat gesagt, dass Jan, Slavia, Mikael oder sonst eine Figur in RLF als Vorbild taugen.

Das Interview führte Jakob Falkinger.

Leave Miley alone!

**Die Welt des Pop hat ein neues Hassobjekt: Miley Cyrus. Ist die Sängerin Opfer der übersexualisierten Musikindustrie oder gar eine Feministin?
Ein Kommentar von Katja Krüger.**

Die Geschichte der Emanzipation ist eine Geschichte voller Brüche. Während es zur Zeit der Sklaverei als Emanzipation bezeichnet wurde, wenn Sklaven in die Freiheit entlassen wurden, verstanden Bürger darunter die Freiheit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Mit Aufkommen der Frauenbewegung reklamierte diese den Begriff für sich und forderte damit die Gleichstellung der Frau als Bürgerin. Eine Mischung unterschiedlicher Abhängigkeiten erfuhr Miley Cyrus (geb. Destiny Hope Cyrus), als minderjährige *Hannah Montana* in der Musikindustrie, angetrieben durch ihren Vater Billy Ray Cyrus. Davon hat sie sich nun emanzipiert. Aber wie kam es eigentlich dazu?

Nach einigen Jahren im Griff von Disney und immensem Erfolg hatte Miley es satt, *Hannah Montana* zu spielen. Ebenso wie das Schauspiel an sich. Damit fiel ein Standbein ihrer Karriere komplett weg. Nun stand die Frage im Raum, ob ihre Musik auch ohne die Hintergrundstory und den Namen der TV-Serie Erfolg haben würde. Nach einer Übergangsphase, die immerhin drei Studioalben und auch einige interessante Kollaborationen, etwa mit Snoop Dogg, hervorbrachte, produzierte sie endlich etwas, das ihr wahrhaftig entspricht: das am 4. Oktober erschienene Album „Bangerz“. Vorläufer war die Single „We can't stop“, deren Lyrics keinen Zweifel aufkommen lassen, dass es sich hier um ihr Manifest handelt: „We run things, things don't run we – we don't take nothing from nobody.“ Eine klare Ansage gegen alle

KritikerInnen und Bevormundung, die es in einem Leben als Kinderstar zu Hauf gegeben haben muss. Nach der TV-Serie war eine fast lückenlos anschließende Karriere als Musikerin für sie nicht geplant. Schon gar nicht so: sich in extrem eindeutigen Posen auf dem Bett räkelnd, mit einem Sidecut und Goldzähnen, Wifbeater-Oberteil und ständig rausgestreckter Zunge. Das verwirrt.

TEDDYBÄREN UND LATEXUNTERWÄSCHE. Doch diese Single wäre nur eine Randnotiz in der Popwelt, hätte es nicht den Auftritt von Miley bei den *Video Music Awards* (VMA) gegeben, bei welchem der Song und ikonische Fragmente des Videos – etwa gigantische Teddybären auf den Rücken der Tänzerinnen – in ein Duett mit Robin Thicke eingebaut wurden. Dessen Sommerhit „Blurred Lines“ ist ein sexistisches und misogynes, jedenfalls aber gut produziertes Stück rape culture, das sogar Zeilen über anale Vergewaltigung beinhaltet, jedoch ohne dass die breite Masse das erkennen könnte. Robin Thicke betritt die Bühne, Miley reißt sich die Klamotten vom Leibe und steht in hautfarbener Latexunterwäsche da. Vor einigen Jahren war Britney Spears' hautfarbene Stoffhose bei der gleichen Veranstaltung noch Grund für Gelächter. Das im Original von drei Männern gesungene „Blurred Lines“ wird zu einem Duett zwischen Miley und Robin, bei dem nicht ganz klar ist, wer hier wem auf die Pelle rückt. Der absolute Höhepunkt dieser Farce ist erreicht, als sich Miley zu ihren Fans hinunterbeugt, mit dem

hochgestreckten Arsch wackelt, die Zunge rausstreckt und Robin mit dem Schritt ihr zugewandt ... der Rest ist Geschichte. Sie wurde zum Witz der Woche. Das kleine Mädchen mit den blonden Stirnfransen war zu einer lächerlichen Gummipuppe mutiert.

Die einzige Kritik, die dabei verhandelbar ist: ihr Hang zur unkritischen Aneignung von Symbolen der Black Community und ihr Ghettochic. Stattdessen wird eine junge Frau von Anfang Zwanzig für eine sexuelle Konnotation auf der Bühne medial auf den Scheiterhaufen geworfen. Wäre sie nicht schon jahrelang Teil des öffentlichen Interesses, wäre so ein Auftritt auch nicht weiter aufgefallen. Doch an Miley lässt sich die Verwandlung von Unschuld in Hormone, von Nicken in Kopfschütteln, von Brett zu Busen so wunderbar erkennen und – ja – verurteilen. Ein ohnehin sexualisiertes Objekt wie eine weibliche Popsängerin sollte sich seiner eigenen Sexualisierung nie und nimmer bewusst sein, sonst stößt das dem Publikum extrem böse auf.

EINSTÜRZENDE EMOTIONEN. Im Video zu „Wrecking Ball“, der zweiten Single des neuen Albums, sitzt Miley mit dem nackten Popo auf einer Abstrichbirne und leckt genüsslich einen Hammer ab. Die Ballade handelt vom Einstürzen emotionaler Mauern und von Vertrauen, das hintergangen und verspielt wird. Die visuelle Umsetzung symbolisiert das Ausnutzen sexueller Unerfahrenheit bei jungen Frauen und die Überredungskünste der Partner. Für die meisten Zuse-

herInnen ist das Video aber eine plumpe Zurschaustellung von nackter Haut und sinnlosen Gesten.

Zum Höhepunkt der Dreistigkeit kam es Anfang Oktober, als Sinead O'Connor einen offenen Brief an Miley schrieb, da sie öfter zu einer speziellen Szene befragt wurde, die offensichtlich von ihrem Video zu „Nothing compares 2 U“ inspiriert wurde. Darin sieht man eine Nahaufnahme von Mileys Gesicht und eine Träne, die ihr die Wange herunterkullert. Der Brief von Sinead O'Connor ist im Ton mütterlicher Fürsorge geschrieben, was in Wahrheit nichts anderes als Bevormundung ist. Miley wird hier die Zurechnungsfähigkeit gänzlich abgesprochen. Durch die Vorwürfe, sie lasse sich von der Musikindustrie manipulieren, wird ihr jeder künstlerischer Anspruch abgesprochen.

Für all die Mädchen und Frauen, die auf gleiche oder ähnliche Art und Weise zurechtgestutzt werden, die sich ständig beurteilt und bevormundet fühlen, die sich wieder und wieder verunsichern lassen durch Kommentare und Ratschläge, ein weiterer Ratschlag: Bei sich selbst beginnt die Arbeit damit, andere Frauen nicht zu beurteilen, auch wenn es Miley Cyrus ist. Je weniger man andere Frauen mit jenen Kriterien konfrontiert, die einem selbst zuwider sind, desto besser gelingt die eigene Akzeptanz.

Die Autorin studiert Gender Studies in Wien.

Mist!

Welchen Müll produzieren wir und was passiert mit ihm nachdem er in unseren Mülleimern verschwunden ist? Wie unser Abfallsystem funktioniert – oder auch nicht.

Mensch und Abfall

EIN UNRUNDER KREISLAUF

Der Mensch produziert als einziges Lebewesen Abfall. Während in natürlichen Umweltsystemen ein perfekter Kreislauf herrscht, erzeugen wir unbrauchbare Überreste.

Erste Mülldeponien gab es bereits in der Steinzeit, doch kritisch wurde die Situation erstmals in den Städten im Mittelalter, als die Bevölkerung stetig wuchs und freie Entsorgungsflächen zugebaut wurden. Die meisten Menschen warfen, trotz Verbots, ihren Müll einfach vor die Haustür. Bald konnte man sich in manchen Stra-



ßen nur mehr mit Trippen, hölzernen hochhackigen Unterschuhen, fortbewegen. Die immer katastrophaleren hygienischen Zustände führten dazu, dass die Menschen alljährlich von Seuchenzügen heimgesucht wurden.

UM 1350 DEZIMIERTE DIE PEST DIE EUROPÄISCHE BEVÖLKERUNG UM FAST EIN DRITTEL.

Es entwickelte sich bald ein Gewerbe, das die Straßenreinigung und die Abfallentsorgung gegen Bezahlung übernahm. In Wien bot die Stadtverwaltung der Bevölkerung ab 1656 die Möglichkeit, den Hausmüll abtransportieren zu lassen. Behindert wurden diese Maßnahmen schon damals von der fehlenden Bereitschaft, für etwas zu bezahlen, dessen man sich entledigen wollte. Erst im 19. Jahrhundert gelang es, unter dem Druck der Cholera

und der Erkenntnis, dass Krankheiten durch Bakterien übertragen werden, das Abfallproblem in geordnete Bahnen zu lenken.

IM JAHR 1904 WAREN IN WIEN FÜR DIE MÜLLSAMMLUNG 104 PFERDEBETRIEBENE SAMMELWAGEN IM EINSATZ.



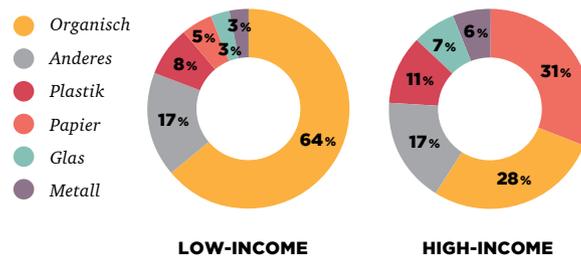
Das Materialienproblem

MÜLLZUSAMMENSETZUNG

Ausschlaggebend sind nicht nur Menge, sondern auch Materialien. Früher bestand unser Abfall aus biologisch abbaubaren Substanzen. Erst durch die Produktion synthetischer Materialien, die sich nur schwer und umweltschädlich abbauen, wurde Abfallentsorgung zur verantwortungsvollen Aufgabe.

Abfallmaterialien und -menge unterscheiden sich von Land zu Land und hängen stark vom Einkommen ab.

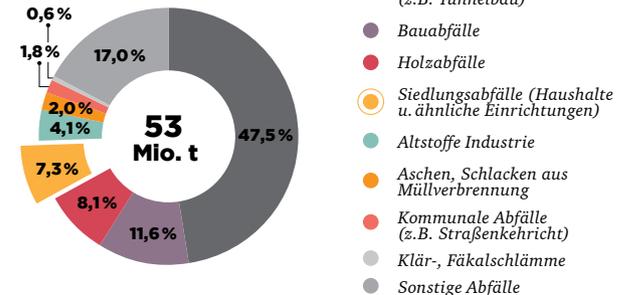
MENSCHEN IN LOW-INCOME-LÄNDERN PRODUZIEREN DURCHSCHNITTLICH 0,6 KG MÜLL PRO KOPF UND TAG, IN HIGH-INCOME-LÄNDERN 2,1 KG.



KUNSTSTOFFE (UGS. PLASTIK) BESTEHEN AUS SYNTHETISCHEN POLYMEREN, DEREN BASIS ERDÖL, KOHLE ODER ERDGAS IST. JE NACH GEWÜNSCHTEN EIGENSCHAFTEN WERDEN VERSCHIEDENE ADDITIVE ZUGESETZT. OFT SIND DIE HINZUGEFÜGTEN WEICHMACHER UMWELT- UND GESUNDHEITSSCHÄDLICH.

Anteile der Abfallgruppen

IN ÖSTERREICH | JAHR 2010



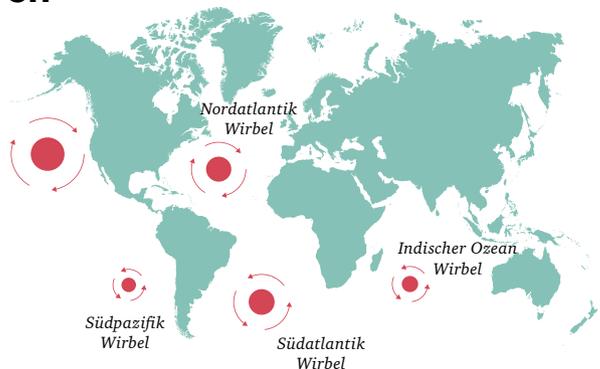
Das Aufkommen von Abfällen aus Haushalten ist innerhalb der letzten fünf Jahre um rund 13,9% angestiegen. Trotzdem macht dieser nur 7,3% des Gesamtaufkommens aus. Der Großteil sind Aushubmaterialien, die zu 64% wiederverwendet und zu 36% deponiert werden. Neben Bauabfällen fallen Holzabfälle in einem konstant hohen Ausmaß an, können jedoch zur Gänze stofflich verwertet werden.

Müllstrudel in den Meeren

DIE 5 GROSSEN GYRES (ENGL. WIRBEL)

NORDPAZIFIK WIRBEL

wird auch *Great Pacific Garbage Patch* genannt und wurde 1997 entdeckt. Schätzungen variieren, doch er hat ungefähr die Größe Mitteleuropas. 2008 wurde berichtet, dass darin etwa 100 Millionen Tonnen Kunststoff zirkulieren – und er wächst stetig.



Nach Schätzungen der Vereinten Nationen landen weltweit jedes Jahr mehr als 6,4 Millionen Tonnen Abfälle im Meer. 75% davon sind aus Kunststoff, der sich bis zu 450 Jahre im Meer hält und danach langsam in Kleinteile zersetzt.



TIERE HALTEN DIE PLASTIKTEILCHEN FÜR NAHRUNG UND STERBEN DARAN. AUSSERDEM LÖSEN SICH GIFTIGE STOFFE AUS DEM KUNSTSTOFF UND SCHÄDIGEN DIE UMWELT.

EXEMPLARE VON MIND. 267 ARTEN STERBEN AN DEN FOLGEN VON MÜLL IM MEER. ZUM BEISPIEL JÄHRLICH ÜBER 1 MILLION SEEVÖGEL.

Wohin mit dem Müll?

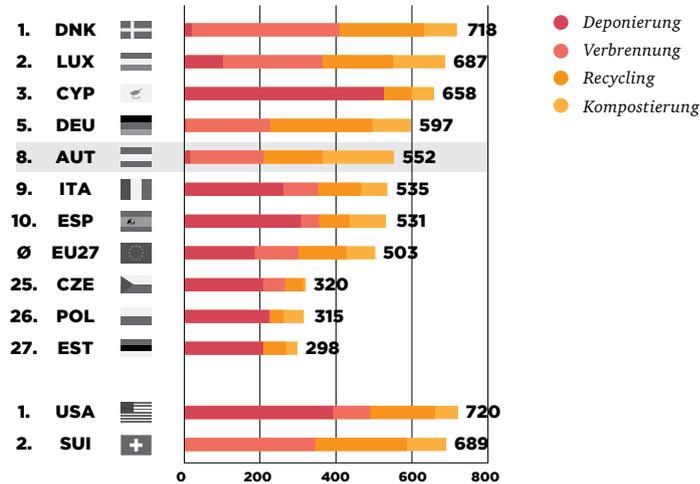
ABFALLHIERARCHIE



Die einfachste und billigste Methode der Müllentledigung ist, diesen in Gruben zu kippen oder zu Bergen zu türmen. Inzwischen gibt es allerdings eine strukturierte Entsorgungskette und Müll wird als Ressource angesehen.

Siedlungsabfall

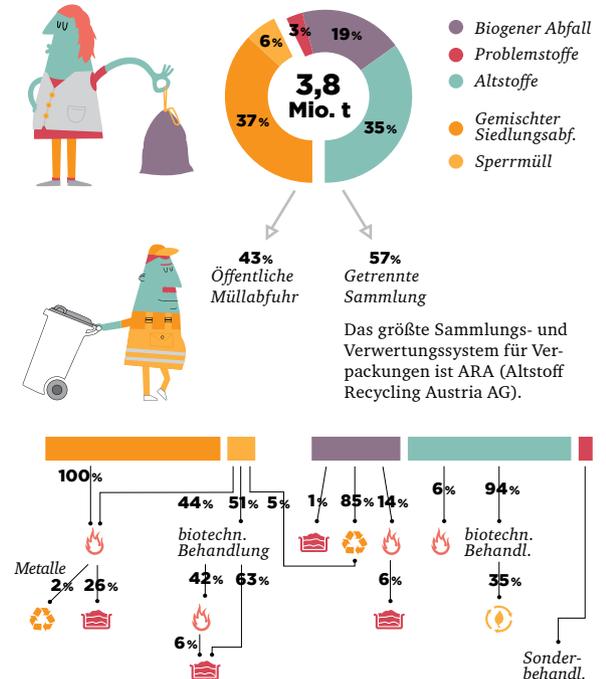
PRO KOPF/ JAHR/ IN TONNEN | EU, 2011 | WELTWEIT



- Deponierung
- Verbrennung
- Recycling
- Kompostierung

Das passiert mit Siedlungsmüll

IN ÖSTERREICH | 2010, PROZENTANGABEN NACH GEWICHT



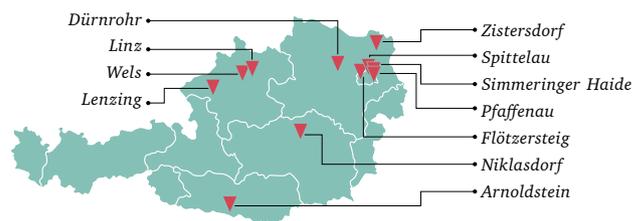
WÄHREND DES BEHANDLUNGSPROZESSES WERDEN 35% DES SIEDLUNGSABFALLS THERMISCH BEHANDELT, 27% STOFFLICH VERWERTET, 22% BIOTECHNISCH BEHANDELT UND 3% SONDERBEHANDELT. ABSCHLIESSEND WERDEN 5% KOMPOSTIERT UND 9% AUF EINER DER KNAPP 700 DEPONIEEN ABGELAGERT.

Müllbehandlung

- THERMISCHE VERFAHREN**
z.B. Verbrennung, Entgasung
- BIOLOGISCHE VERFAHREN**
z.B. Kompostierung, Vergärung
- CHEMISCHE / PHYSIKALISCHE**
z.B. Zerkleinerung, organ. Spaltung

11 Verbrennungsanlagen

FÜR SIEDLUNGSABFALL



Geplante Obsoleszenz

Ist eine Verkaufsstrategie, bei der die Lebensdauer von Produkten absichtlich reduziert wird und diese in minderer Qualität hergestellt werden. Häufig wird gleichzeitig dafür gesorgt, dass eine Reparatur unökonomisch ist. Das Resultat sind Wegwerfprodukte und Rohstoffverschwendung.

Ein bekanntes Beispiel ist das sogenannte »PHOEBUSKARTELL«. 1924 legten die führenden Glühbirnenhersteller eine Begrenzung der Lebensdauer auf 1000h fest, um den Verkauf zu fördern. 1941 verschwand das Kartell offiziell.



Wiens Müll

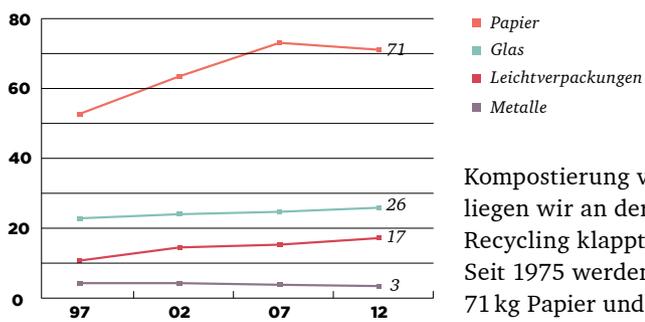
ABFALL IN DER HAUPTSTADT



TÄGLICH SIND BIS ZU 265 MÜLLFAHRZEUGE IN WIEN UNTERWEGS, UM RESTMÜLL UND ALTSTOFFE EINZUSAMMELN. SIE LEGEN ZUSAMMEN RUND 25.000 KM ZURÜCK, ALLE 14 TAGE ENTSpricht DIES ZIRKA DER STRECKE BIS ZUM MOND - 360.000 KM. 900.000 TONNEN ABFÄLLE WERDEN DABEI BEFÖRDERT. MIT DEM JÄHRLICH ANFALLENDEN HAUSMÜLL WIENS KÖNNTE MAN DEN STEPHANSDOM 30 MAL BEFÜLLEN. 22,8 MILLIONEN MÜLLBEHÄLTER MIT 240 LITER INHALT WERDEN JÄHRLICH GEFÜLLT.

Altstoffsammlung

ÖSTERREICH | IN KG, PRO JAHR, PRO KOPF



Kompostierung von Siedlungsabfällen liegen wir an der Spitze. Recycling klappt ebenfalls ganz gut. Seit 1975 werden Altstoffe gesammelt. 71 kg Papier und 26 kg Glas sammelt jede_r Österreicher_in jährlich.

Österreich ist neben den Niederlanden, nach einer diesjährigen Studie der EU-Kommission, führend bei der Abfallwirtschaft. Besonders bei der

65 RIESENRÄDER KÖNNTE MAN MIT DEM JÄHRLICH GESAMMELTEN ALTMETALL DER WIENER INNEN BAUEN.

Das oberste Ziel

DIE MÜLLVERMEIDUNG, DAS OBERSTE ZIEL DER ABFALLWIRTSCHAFT ÜBERHAUPT, IST IN ÖSTERREICH KLAR VERBESSERUNGSBEDÜRFTIG.

72.900 TONNEN ELEKTROGERÄTE WURDEN IM JAHR 2010 IN ÖSTERREICH ENTSORGT. 8,7 KG PRO EINWOHNER_IN.



FLASCHEN AUS KUNSTSTOFF KÖNNTEN BIS ZU 20X, AUS GLAS GAR 40X WIEDERBEFÜLLT WERDEN. DOCH DER MEHRWEGANTEIL BEI MINERALWASSERFLASCHEN HAT SICH ZWISCHEN 1994 UND 2007 VON 96% AUF 24% VERRINGERT. MEHRWEGSYSTEME BEI 1,5-L-PET-FLASCHEN WÜRDEN ALLEIN IN WIEN JÄHRLICH 5 MIO. LITER ERDÖL EINSPAREN.

Quellen:

eurostat-Bericht Umwelt EU27
Statusbericht Umweltbundesamt
<http://wien.gv.at/umweltschutz/abfall>

<http://www.ara.at/d/presse>
<http://nabu.de/themen/meere/plastik>
Christina Uhl | <http://volitiv.tumblr.com>

Mic statt Aktenkoffer

Enge Jeans, schlichtes blaues Shirt und bedachte Antworten: Der 26-jährige Österreicher Gerard wirkt nicht wie der typische Rapper. Mit seinem neuen Album „Blausicht“ erobert er im Moment die deutschsprachige Rapszene und gibt ihr neue Maßstäbe.



Foto: Alexander Gotter

progress: Die „Generation Maybe“-Thematik zieht sich wie ein roter Faden durch dein Album „Blausicht“. Folgendes Zitat stammt vom Journalisten Oliver Jeges: „Wir 20- bis 30-Jährigen sind eine Generation ohne Eigenschaften. Gut ausgebildet, aber ohne Plan, ohne Mut, ohne Biss. Weil alles möglich ist, sind alle heillos überfordert.“ Was würdest du ihm entgegnen?

Gerard: Ich tue mir recht schwer, wenn ich als Generationssprecher gesehen werde. Ich sage immer, dass ich von mir, meinem Umfeld und meinen Freunden rede. Da trifft das auf jeden Fall auf einige zu, weil viele Freunde gerade mit dem Studium fertig werden. Die überlegen jetzt, ob sie vielleicht noch etwas studieren oder einen Master im Ausland machen sollen. Für mich ist Studium ein Graubereich: Du bist zwar kein Schüler mehr, musst aber gleichzeitig noch keine Steuern oder Sozialversicherung zahlen.

Du hast einmal gesagt, du probierst das mit dem professionellen Musikmachen auch stellvertretend für die Leute aus, die sich noch nicht trauen, das zu tun, was sie wirklich wollen. Wann wusstest du, was du wirklich willst? Eigentlich ab dem Moment, wo es keine andere Möglichkeit mehr gegeben hat. Ich habe nach meinem Jus-Studium noch das Gerichtsjahr gemacht und da einfach gemerkt, was ein echter Job an Energie und Zeit frisst. Wenn du jeden Tag um acht dort sein musst und um halb vier heimkommst, hast du nicht mehr den Nerv, dass du noch kreativ tätig bist. Ich wusste einfach, entweder mache ich eine normale Arbeit oder eben Musik. Ich wollte ja schon immer Musik machen, aber bisher war nie in Aussicht, dass man davon leben kann.

Du warst der Tour-Support des Berliner Rappers Prinz Pi. Hat diese Erfahrung deine Entscheidung einfacher gemacht? Zu welchem Zeitpunkt im Studium ist die gefallen? Die Pi-Tour ist etwa in das letzte dreiviertel Jahr meines Studiums gefallen und war ein halbes Jahr immer an

den Wochenenden. Das war dann schon Hardcore: Ich bin teilweise erst um sieben Uhr mit dem Nachtzug aus Berlin gekommen und hatte um neun am Morgen eine Prüfung. In der Prüfungszeit blieben nur drei Tage Zeit zum Lernen, wo du sonst sechs oder sieben hast. Körperlich und psychisch hätte ich das nicht länger geschafft. Aber ich habe auf der Tour jedenfalls gemerkt, dass die auch nur mit Wasser kochen, das ermutigt einen. Wenn es der schafft, warum sollte ich das nicht schaffen?

Eine juristische Laufbahn kommt für dich nicht in Betracht?

Beim Gerichtsjahr habe ich einfach gemerkt, dass ich da nicht mit ganzem Elan dabei war. Ich habe viele Schlampefehler gemacht. Die Richterin dachte, dass ich völlig verloren bin. Die wusste, dass ich eigentlich etwas ganz anderes verfolge. Wenn ich eine juristische Laufbahn eingeschlagen hätte, wäre ich untergegangen. Aber ich hoffe, dass ich das auch nie muss.

Hat dir dein Studium dann etwas gebracht?

Auf jeden Fall. Es war auch nicht so, dass es mich überhaupt nicht interessiert hat. Sonst könnte man das nicht sechs Jahre lang durchziehen. Und ich habe dadurch Sitzfleisch und Disziplin erlangt. Ich habe durch das Studium gelernt, strukturiert zu sein, und viel über Zeitmanagement erfahren. Ich bin kein „Künstler-Künstler“, der Termine verpennt. Und auch Selbst-

bewusstsein habe ich bekommen. Als ich bei meiner ersten Jus-Prüfung die riesige Anzahl der Bücher gesehen habe, habe ich mich gefragt: Wie soll das denn gehen? Aber dann sitzt man einfach längere Zeit an etwas und auf einmal hast du den Dreh heraus.

Deine Texte wirken auf den ersten Blick melancholisch, doch auf den zweiten erkennt man das Optimistische daran. Zudem formulierst du Zeilen oft so, dass man sowohl ein „ich“, als auch ein „wir“ einfügen könnte. Das macht sie für die HörerInnen interessant. Machst du das bewusst?

Ich versuche Tracks und Konzepte so zu gestalten, dass man etwas hineininterpretieren kann. Auch wenn ich selbst Musik höre, gefällt mir das bei Songs immer sehr gut. Auf „Verschwommen“ gibt es so ein Element, wo ich den Namen Nora nenne, ein anderer aber stattdessen vielleicht Lisa im Kopf hört. Bezüglich des Zweifels: Der Song „Standby“ ist etwa nicht auf dem Album, weil er noch viel zu orientierungslos war. Ich finde, dass das Album positiv ist. Sogar auf dem Track „Nichts“, wo es um den Tod einer Freundin geht, gibt es ein optimistisches Element, wenn ich rappe: „Das Drama von damals ist heute nicht der Rede wert.“ Also blöd gesagt: Wenn du noch gewartet hättest, würdest du heute darüber lachen.

Hinter dem Track „Wie neu“ steckt eine Kritik an der österreichischen Freunderlwirtschaft. Gegen wen rich-

tet sich der Song und bist du eigentlich ein politischer Mensch?

Politisch ... – es geht so. Ich habe mir schon immer die Wahlkonfrontationen angesehen und überlege mir genau, wen ich wähle. Ich lese mir auch Wahlprogramme durch. Aber der Track bezieht sich nicht nur auf Parteipolitik. Er richtet sich auch gegen veraltete Strukturen und das nicht nur in Österreich. Ich habe einfach das Gefühl, dass ganz allgemein viele alte Dogmen existieren. Das kann man auch auf die Major Labels ummünzen. Wenn man einen Jungen mit Visionen ranlassen und ein bisschen riskieren würde, würde vieles besser laufen.

Auf „Manchmal“ und „Lissabon“ rappst du über sehr persönliche Dinge wie etwa das Thema Beziehung. Gibt es da eine Grenze für dich, wie viel Persönliches du in einem Track niederschreibst?

Eigentlich nicht. Im Endeffekt halte ich sie sehr allgemein. Ich werde oft gefragt, ob ich mich nicht angreifbar mache. Aber selbst wenn du darüber rappst, dass dich eine Frau verlassen hat, hat das jeder in einem gewissen Alter schon erlebt. Das heißt jetzt nicht, dass du als Mensch schlecht bist (lacht). Auch wenn etwas extrem persönlich wirkt, kannst du als Künstler stets selbst bestimmen, wie viel davon wahr ist.

Versuchst du mit den elektronischen Einflüssen auf deiner Platte, Deutschrap auch für die breitere Masse zu öffnen?

Ja, das war eigentlich immer so geplant, wobei das jetzt so strategisch klingt. Mir ist das völlig egal, ob man unsere Musik noch als Hip Hop sieht oder nicht. Ich höre auch oft, dass es Indie oder Pop sei. Ich persönlich finde, dass es voll Hip Hop ist, sonst würde es wohl auch keine Referenzen auf Leute wie Hudson Mohawke geben. Der kommt ja auch ursprünglich aus dem Rap.

Niklas Hintermayer und Alexander Gotter studieren Rechtswissenschaften und Sozioökonomie in Wien.

**„WER VOM RASSISMUS NICHT REDEN
WILL...“**



Imke Schmincke und Jasmin Siri [Hrg.innen] (2013): *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse.* Transcript-Verlag.

Seit der *Nationalsozialistische Untergrund* (NSU) und seine rassistisch motivierten Morde an mindestens zehn Menschen bekannt wurden, sind einige Bücher über das deutsche Neonazi-Trio erschienen. Im Vordergrund der teils sensationsorientierten

Publikationen steht dabei vor allem, (biographische) Erklärungen für das rechtsextreme Engagement der Beteiligten zu liefern oder das Versagen des Verfassungsschutzes aufzuzeigen. Der kürzlich von Jasmin Siri und Imke Schmincke herausgegebene Sammelband nimmt hingegen das „Erstaunen“ der Öffentlichkeit über die Morde zum Anlass, den damit verbundenen politischen Diskurs zu analysieren. In der in vier Abschnitte unterteilten Publikation findet sich ein „Mosaik aus Zugängen und Perspektiven“, die einen facettenreichen Blick auf bislang wenig diskutierte Fragen ermöglichen. Zu den AutorInnen der teils wissenschaftlichen, teils journalistischen, aber auch lyrischen Beiträge und Interviews zählen neben ExpertInnen auch ein Mitglied des NSU-Ermittlungsausschusses und die Ehefrau eines vom NSU ermordeten Mannes.

Mehrere Beiträge richten den Blick auf gesellschaftlich-politische Kontexte, „die die Bedingungen für das Entstehen der Ereignisse bereitgestellt haben“. Manuela Bojadžijev beispielsweise zeigt auf, dass Alltagsrassismus und institutioneller Rassismus in staatlichen Apparaten wie der Polizei in den Diskursen um die Morde verleugnet und ausgespart

bleiben. In lediglich 30 der von ihr analysierten Texte aus deutschen Medien kam der Begriff Rassismus überhaupt vor. In weiteren medienanalytischen Texten werden verbreitete Bilder wie „Brauner Osten“, Geschlechterkonstruktionen oder das dominierende Extremismuskonzept umfassend in Frage gestellt. In Bezug auf letzteres wird aufgezeigt, dass es „sich in politischen und in medialen genauso wie in alltäglichen Debatten verselbstständigt“ und bereits großes „Unheil“ in den Diskussionen rund um Rechtsextremismus angerichtet hat, obwohl es erst seit wenigen Jahren diskutiert wird.

Insgesamt leistet der Sammelband einen profunden, vielseitigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den NSU-Morden, der weit über die bisher geführten Diskussionen hinausgeht und längst notwendige Denkanstöße liefert. Da jedoch der Prozess gegen Beate Zschäpe noch nicht annähernd abgeschlossen ist, müssen auch dieses Werk und seine Erkenntnisse vorerst als Zwischenbilanz gewertet werden.

Judith Goetz studiert Politikwissenschaft im Doktorat an der Uni Wien.

Zweimal hingehört

**THE JULIE RUIN -
RUN FAST**

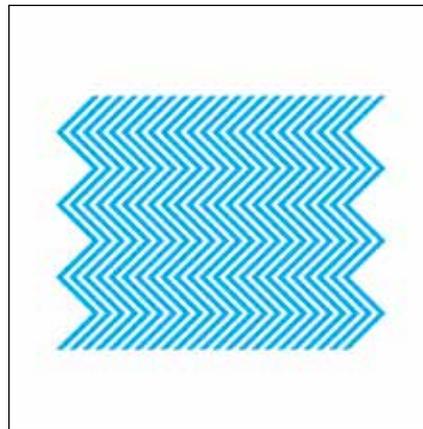


KATJA: Die durchdringende Stimme von Kathleen Hanna lässt gleich zu Beginn der Platte ein heimeliges Gefühl aufkommen, denn lange ließ sie nichts mehr von sich hören. Seit dem letzten *Le Tigre* Album sind mittlerweile neun Jahre vergangen, bis sie sich überraschend mit einem Debut der Band *The Julie Ruin* zurückmeldete. Dem Abstecher zum massenkompatiblen Diskopop, der mit der Coverversion von „I’m so exited“ seinen Höhepunkt erreicht hat, wird mit Garagensound nun Einhalt geboten. Zudem enthält die Platte einen neuen modernen Klassiker: „Girls like us“ beschreibt ein Lebensgefühl, das auch in der TV-Serie *Girls* zu suchen wäre. Ein feministischer, offener und solidari-

scher Song für Mädchen und Frauen, die sich der eigenen Sache mal wieder vergewissern möchten. Wir haben dich vermisst, Kathleen!

KATI: Kathleen Hanna ist wieder da. Und ich hab sie vermisst. Ihre unverwechselbare, etwas kreischige Stimme hat mehr als eine Generation Feministi*nnen begleitet: Ihre erste Band *Bikini Kill* ist bereits unauslöschbar in die Geschichte des Punk und der Riot Grrl-Bewegung eingegangen, zum Elektro-Pop Nachfolgeprojekt *Le Tigre* haben wir ein paar Jahre später getanzt. Wenig bekannt: Dazwischen gab es ein Lo-Fi Soloprojekt namens *Julie Ruin*. Julie ist jetzt zurück, diesmal mit weniger Lo, mehr Fi und Bandkolleginnen aus beiden Vorgängerinnenprojekten. Bessere Voraussetzungen gibt es kaum, dementsprechend schön ist das Produkt. „Run Fast“ lässt die eigene musikalische Geschichte deutlich einfließen, klammert sich aber nicht krampfhaft daran fest. Jetzt wünsch ich mir nur noch ein Wien-Konzert. Willkommen zurück!

**PET SHOP BOYS -
ELECTRIC**



KATJA: Ganz ehrlich: Ich musste mich dreimal vergewissern, auch die richtige Platte zu hören. Beim Opener zum ersten Mal und dann noch zweimal. Ich wollte einfach sicher gehen, nicht versehentlich eine alte *Boys Noize* eingelegt zu haben. So ungewöhnlich klingen die brachialen Technosounds bisweilen, dass es kaum zu fassen ist, dass diese alten Herren, die ich eigentlich schon abgeschrieben habe, das hervorbringen. Bis auf „Thursday“ – eine feine Elektroballede mit supersüßer Hook „stay with me for the weekend“ – kommt mir die Musik der *Pet Shop Boys* so modern und unverbraucht vor. Die Hitsingle „Vocal“ ist schließlich an letzter Stelle der Höhepunkt des Albums. Man fühlt

sich zwar zurückversetzt auf eine Eurotrashparty Anfang der 90er Jahre, allerdings waren weder wir noch die *Pet Shop Boys* dort. Absolut faszinierend.

KATI: Bitte ... was? Die *Pet Shop Boys* sind doch schon tot? Und wenn nicht tot, dann zumindest uralt? Naja. Gut. Offensichtlich nicht. Es gibt sie noch. Ich lasse mich also eines besseren belehren und stelle nach einer Blitzrecherche fest, dass die Jungs nach großartigen 90er-Kitsch-Dancehits wie „It’s a Sin“ und „Always on my Mind“ nie in Pension gegangen sind. Vor kurzem haben sie noch Kooperationen mit *Rammstein* gemacht, jetzt hat denen wohl jemand geflüstert, dass *Boys Noize grade* unheimlich angesagt ist. Der hat auch zwei Remixes zum neuen Album beigesteuert und auch sonst ein bisschen die Richtung gewiesen: Der Name „Electric“ ist Programm. Rausgekommen ist ein spaßiges, tanzbares Ding, das zwischen Techno und 90er-Dancetrash oszilliert. Und als Bonus gibt’s Tracks mit Message: „Love Is a Bourgeois Construct“. Was bleibt da noch zu sagen. Na eben.

Katja Krüger und Kati Hellwagner studieren Gender Studies und Politikwissenschaften an der Uni Wien.

Zwischen Alarmismus und Ignoranz

Zur Rezeption des tatsächlichen und angeblichen Rechtsruckes. Ein Kommentar von
Andreas Peham.

Aus einem lauen Nationalratswahlkampf, in dem sich weder die Medien noch die konkurrierenden politischen Kräfte für die Chronique scandaleuse der FPÖ interessierten und radikale Linke kaum mehr protestierend intervenierten, ging die parteiförmige extreme Rechte wenig überraschend als strahlende Siegerin hervor. Jedoch war ihr Erfolg nicht so groß, wie manche glauben machen wollen. Die FPÖ wurde nicht zweitstärkste Kraft und erlitt in ihrem Hauptzielgebiet Wien sogar Stimmenverluste. Gemeinsam mit dem BZÖ haben die Freiheitlichen im Vergleich zu den Wahlen 2008 bundesweit gar mehr als 100.000 Stimmen verloren. Dass sich Heinz-Christian Strache dennoch in Siegerpose wirft, gehört zu seinem politischen Geschäft. Rechtsextremismus und autoritärer Populismus brauchen Stärke, ja Unbesiegbarkeit, um erfolgreich zu sein. Ähnliches gilt für eine Medienindustrie, die ihr gutes Geschäft vor allem mit schlechten Neuigkeiten und Übertreibungen macht. Aber warum stimmten nach den Wahlen auch Linke in den Chor vom Rechtsruck ein?

RECHTE NORMALISIERUNG. Sicher, dieser Rechtsruck ist durchaus österreichische und europäische Realität, aber er erschöpft sich bei Weitem nicht in Wahlerfolgen extrem rechter und autoritär-populistischer Parteien. Als gesamtgesellschaftliches Phänomen macht er vor den anderen Parteien nicht halt. Er drückt sich auf verschiedensten Ebenen aus: vom Abbau der Demokratie und des Sozialstaates über den Ausbau des Überwachungs- und Sicherheitsstaates bis hin zur Flüchtlingspolitik. Die ausschließliche Fixierung auf die rechten Übertreiber_innen des herrschenden Konsens' hilft (unfreiwillig), ihn abzusichern. Allzu oft verschweigen diejenigen, die über den Rechtsruck reden, den institutionellen Rassismus und „autoritären Wettbewerbsetatismus“, um es mit einer Formulierung von Lukas Oberndorfer zu sagen. Zudem zeigt ein genauerer Blick, dass rechtsextreme und

autoritär-populistische Parteien zuletzt nur in Schweden, Finnland, Frankreich, Kroatien, Ungarn und Griechenland merklich zulegen konnten. Und in bescheidenerem Maße als allorts beklagt oder gefeiert eben in Österreich, wo sich die FPÖ seit 2005 wieder im Aufwind befindet.

Mehr als der Alarmismus ist hierzulande aber die Normalisierung des Rechtsextremismus zu kritisieren. Kaum jemand in Politik und Medien wagt es heute noch, die FPÖ als das zu bezeichnen, was sie ist: rechtsextrem. Dabei antwortete erst unlängst der oberösterreichische FPÖ-Chef Manfred Haimbuchner auf die Frage, warum „die nationalsozialistische Ideologie für freiheitliche Funktionäre so attraktiv“ sei, dass es in der FPÖ „tatsächlich ein Problem“ gebe, dem „man sich stellen“ müsse: „Jede Partei hat einen Narrensaum. Bei uns schaut man natürlich – auch zu Recht – mit Argusaugen auf diesen Rechtsaußenrand. Ich gebe das offen zu, wir haben da ein Problem.“ Die Tatsache, dass der Rechtsruck der FPÖ unter Strache mittlerweile auch im neuen Parteiprogramm als Wiedereinführung des Bekenntnisses zur „deutschen Volksgemeinschaft“ Niederschlag gefunden hat, konnte die Bereitschaft zur inhaltlichen Kritik an den Freiheitlichen aber ebenfalls nicht vergrößern. Darin zeigt sich, wie problematisch es war, die Ablehnung der FPÖ fast ausschließlich an der Person Jörg Haiders und seinen NS-Verstrickungen festzumachen.

ENTTABUISIERUNG. Im Juni meinte der Verteidiger zweier Neonazis, die sich gerade in Salzburg vor Gericht verantworten mussten, über die Hintergründe der Fanatisierung seiner Mandanten, deren „Quelle“ sei eine „latente Ausländerfeindlichkeit“. „Wenn sie von einer legalen Partei zum Stimmenfang benutzt wird, darf man sich nicht wundern, wenn die Burschen nichts dabei finden, sie zur Schau zu tragen.“ Der Skandal hetzerischer freiheit-

licher Agitation wird heute jedoch nur mehr selten offen angesprochen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas kritisierte jüngst an der FPÖ lediglich, dass sie „eine Risikopartei“ sei, die „Zick-Zack-Kurse“ fahre und „für nichts“ stehe. Diese Ignoranz gegenüber den politischen Inhalten der FPÖ macht es so schwer, ihre anhaltende „Ausgrenzung“ zu argumentieren. Als Argument für die Abgrenzung bleibt dann neben der Unberechenbarkeit nur die „antieuropäische“ Haltung der FPÖ. Und so hat sich die SPÖ-Spitze die, vor allem von gewerkschaftlicher Seite betriebene, Enttabuisierung der Zusammenarbeit mit der FPÖ selbst zuzuschreiben.

Weil offenbar die Wahrheit auch eine Tochter der räumlichen Distanz ist, wird die FPÖ heute nur mehr im Ausland als Problem gesehen. Zuletzt war es die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, das Flaggschiff des deutschen Konservatismus, die schrieb, was in Österreich fast niemand (mehr) sagen will: Dass die FPÖ eine extrem rechte Partei „mit Personal aus der Neonazi-Szene“ ist und dass eine Mischung aus „Abstumpfung“ und „Ignoranz“ auch und vor allem der politischen Konkurrenz eine derartige Erkenntnis in Österreich verhindert. Tatsächlich wurde nach den Wahlen von Teilen der SPÖ (und ÖVP) betont, wie nahe man der FPÖ eigentlich sei. Diese bekundete Übereinstimmung in zentralen Politikbereichen ist ein weiterer Ausdruck des umfassenden Rechtsruckes und dessen Normalisierung, die in ihrer Bedeutung für die Erfolge des parteiförmigen Rechtsextremismus gar nicht überschätzt werden kann.

Andreas Peham ist Mitarbeiter beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) und forscht zum Thema Rechtsextremismus.

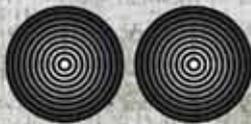
INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE

this human world 2013

5. DEZ.
BIS 12. DEZ.

GARTENBAU TOPKINO
SCHIKANEDER FILMCASINO

this
human
world



www.thishumanworld.com

 megafon
präsentiert



2013 FRONTALE

3. Internationales Filmfestival
Wiener Neustadt

28.-30.11.2013

www.frontale.at

IM SUB

www.oeh.ac.at



Neues
Zuhause

Traumjob

Praktikum

gesucht?

Die neue Serviceplattform der ÖH ist da!

→ www.schwarzesbrett-oeh.at

Das Schwarze Brett der Österreichischen HochschülerInnenschaft bietet eine moderne Job-, Wohnen- und Praktikabörse. Sämtliche Services der Plattform können kostenlos genutzt werden!

Keine Provision, keine prekären Arbeitsverhältnisse sowie zahlreiche Informationen zu den Themen Arbeiten, Wohnen und Studieren!

**Schwarzes
Brett** **ÖH**

